

UNIA

1. Mai  
2022

FRIEDEN  
FREIHEIT  
SOLIDARITÄT

SGB

IE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Heraus zum 1. Mai!

Was wo läuft, wer wo spricht. Seite 20

Reinigerin  
Finka Erceg  
fadegrad:

«Ich  
würde  
es  
wieder  
tun!»

Nach **25 Jahren** stellte das **Bieler Linde-Spital** sie **auf die Strasse**. Doch Erceg und ihre Kolleginnen wehrten sich. **Und wie!** Seite 3



### Teuerung frisst die Kaufkraft

Preise und Prämien steigen: Was kommt noch auf uns zu? SGB-Chiefökonom Lampart erklärt. Seiten 4-5

### Die Frau, die Orpea bezwang

Die Physiotherapeutin Anna Bacia verklagt den Pflegekonzern – und gewinnt. Seiten 12-13

### Unia-Hilfsgüter für die Ukraine

Solidarität: Ein erster Lastwagen kommt in Lwiw an. Seiten 10-11

## Hallo Kita

Wie Sie einen guten Platz finden und was der kostet. Der work-Ratgeber. Seiten 16-17



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## ENDLICH WIEDER ANBÄNDELN!



Er ist rot, mit schwarzen oder goldenen Lettern drauf, und manchmal hat er am unteren Rand sogar zwei Wimpel: der 1.-Mai-Bündel. Und wer ihn zu sehr anbändelt, bringt ihn fast nicht mehr los. Denn der kämpferische Bündel haftet zäh und stolz mit seinem leichten, seidenen Glanz. Zu Recht: Seit den ersten Schweizer 1.-Mai-Feiern in den 1890er Jahren gehört er schliesslich dazu.

Einst woben bedürftige Posamentierer aus dem Baselbiet die Seide. Und die Bündel klebten selber noch nicht. Die Bandweber und Bortenwirker steckten damals arg in der Krise. Und die Arbeiterbewegung wollte ihnen unter die Arme greifen: aus Solidarität. Heute fabrizieren die Posamente Firmen, die auch National- und Vereinsbänder herstellen. Zum Beispiel die Firma Adri AG in Biel. Sie liefert alle Maibänder für den Kanton Bern: «Von A bis Z Swiss-made». Auch die dafür verwendete Reppsseide, ein Stoff mit starken Querrippen, wird hier produziert.

**ARBEIT UND BROT.** «Proletarier aller Länder vereinigt euch!»: So stand es 1912 auf dem 1.-Mai-Bündel in Zürich und Bümpliz BE. Das war damals der Kampfprud der internationalen Arbeiterbewegung. Das Abzeichen ist inzwischen ziemlich ausgefranst. Doch seine Morgenröte strahlt immer noch. Fortan folgten die Parolen der politischen Grosswetterlage, wobei sie von Region zu Region variierten: «Kampf der Krise: Arbeit und Brot!», «Gegen Krieg und Faschismus», «Erkämpft eine gerechte Altersversicherung!». «Friede für Vietnam», das war 1968. «Werkplatz vor Finanzplatz» und «Streiken lohnt sich», das war 2001. Immer wieder kam auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung: «8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Musse, 8 Stunden Schlaf» (1892), «48-Stunden-Woche» (1928) und «5-Tage-Woche» (1958). 2020 schliesslich hiess die Losung des Gewerkschaftsbundes: «Solidarität. Jetzt erst recht!» Doch dann kam Corona. Der 1. Mai fiel ins Digitale. Und sein Bündel damit. Im ersten Coronajahr gab's ihn als Profilbanner für Facebook und als Mail-signatur.

**FRIEDEN.** Jetzt aber darf der 1.-Mai-Bündel endlich wieder raus und kleben. Nur, die Parole entspringt einem grausamen Krieg: «Frieden, Freiheit, Solidarität». Frieden mussten die Gewerkschaften und die SPS schon oft anmahnen, seit es den Maibündel gibt. Zum Beispiel 1982. Als die Nato neue Atommittelstreckenraketen, die Pershing 2, in Westeuropa aufstellen wollte. Da riefen sie: «Arbeit, Freiheit, Frieden». Oder 1949, nach dem Zweiten Weltkrieg, da hiess es: «Frieden, Aufbau, Sozialismus». Die Geschichte wiederholt sich. Aber nie gleich.



GEFÄHRLICH: Grusel-Baustelle an der Luxusmeile in Genf. FOTO: UNIA

# Genfer Baustelle: Berge von Abfall, Bauschutt und Scherben Unia stoppt Bau-Sauerei

**Wo dereinst eine Genfer Privatbank die Vermögen von Superreichen vermehren wird, mussten 30 Bauleute im grössten Dreck arbeiten.**

JONAS KOMPOSCH

Die Rue du Rhône ist Genfs Nobelstrasse schlechthin. Nur die vornehmsten aller Luxusmarken können sich hier die Rekordmieten leisten. Und so präsentieren sich an der Shopping-Meile hauptsächlich Uhren-, Schmuck- und Modeboutiquen. Vermögensverwalter und Anwaltsbüros ergänzen das Angebot für die mondäne Schickleria der Handelsmetropole. Von der Tourismusförderung wird die Strasse in den höchsten Tönen gelobt: «Sie bringt alle Augen zum Leuchten.» Eine ganz andere Erfahrung machte José Sebastião vom lokalen Bauteam der Unia – und zwar an der Rue du Rhône 4.

### TRAMPELPFADE IM MÜLL

Das dortige Geschäftshaus wird gerade total saniert. Doch schon ein kurzer Augenschein reichte, und Sebastião sah rot: «Ich glaubte, in einer Abfallhalde gelandet zu sein!» In sämtlichen Räumen habe es Berge von Abfall, Bauschutt und zerbrochenem Glas gegeben. Ein Durchkommen sei nur über schmale Trampelpfade möglich gewesen – links und rechts davon: Haufen von Müll. Dabei liefen

die Arbeiten auf Hochtouren: «Gut dreissig Maurer, Elektriker und Sanitäre mussten in diesem Chaos aneinander vorbeikommen!» Gefährliche Platzverhältnisse waren laut Sebastião aber nicht das einzige Problem: Auch vorschriftsgemässe Umkleide- und Pausenräume suchte Sebastião vergebens. Deshalb zögerte der Gewerkschafter nicht lange.

### MIT BLOCKADE GEDROHT

Mit der kantonalen Baustelleninspektion kehrte Sebastião an die Rue du Rhône zurück. Und der projektverantwortlichen Firma setzte er eine Frist: Sollte die Baustelle innert 48 Stunden nicht gereinigt und aufgeräumt sein, würden zum Schutz der Arbeitenden «die adäquaten gewerkschaftlichen Mittel» ergriffen. Dass auch eine Baustellenblockade in Frage komme, liess der Uniamann deutlich durchblicken. Das wirkte. Als die Unia erneut einen Kontrollgang macht, ist die Rue du Rhône 4 sauber. Trotzdem kritisiert Sebastião die Firmen scharf: «Für den Luxus der wenigen setzten sie die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel.» Zusätzlich pikant: Hinter dem Projekt stehen illustre Namen und Firmen, die im Geld schwimmen.

Die Liegenschaft gehört der LP1 Rhône SA. Dieses Unternehmen ist Teil des Firmenimperiums von Claude Charmillot, einem Genfer Steuerberater, Immobilieninvestor und Fussballmäzen. Für den Totalumbau hat er das traditionsträchtige Architektur-

büro Favre & Guth engagiert. Dessen Spezialgebiet: Villen, Nobelsanierungen und Luxusüberbauungen. Mit einem Familienvermögen von rund 300 Millionen Franken rangieren die Favres auf Platz 264 der Reichstenliste der «Bilanz». Und auch die künftige Mieterin der Rue du Rhône 4 muss nicht am Hungertuch nagen. Einziehen wird nämlich die Genfer Privatbank Reyl. Sie verwaltet Kundenvermögen im Wert von fast 39 Milliarden Franken und war bis 2021 vollständig in Familienbesitz.

In aller Munde war die Bank 2013, als ihre Verstrickung in den Steuerbetrugsskandal um den damaligen Finanzminister Frankreichs, Jérôme Cahuzac, ans Licht kam. Cahuzac

### Die Liegenschaft gehört einem Immohei und Fussballmäzen.

musste in der Folge seinen Hut nehmen, Präsident François Hollande warf ihn aus der sozialistischen Partei, und ein Gericht verurteilte ihn 2016 unter anderem wegen Geldwäscherei zu drei Jahren Gefängnis. Die Reyl-Bank wiederum musste wegen der Cahuzac-Affäre fast 2 Millionen Euro Busse bezahlen, während CEO François Reyl zu einer bedingten einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Just in dieser Zeit holte die Bank eine neue Verwaltungsrätin ins Boot: CVP-Alt-Bundesrätin Ruth Metzler.

## Au SG: Neues Konkursverfahren bei der Maschinenfabrik Indosa Endlich Lohn für Mitarbeitende in Sicht

**Seit bald 2 Jahren warten die Ex-Mitarbeitenden der St. Galler Maschinenfabrik Indosa auf ihren Zahltag. Aber jetzt geht's vorwärts.**

JONAS KOMPOSCH

Mobbing, Misswirtschaft, miese Maschen – die Zeichen des Niedergangs der Maschinenfabrik Indosa AG in Au SG waren überdeutlich. Seit Mitte 2020 schuldet das Unternehmen den Mitarbeitenden hohe Lohnsummen. Nun aber kommt endlich Bewegung in die Sache.

Roger Bernegger, Leiter des Konkursamtes Buchs, sagt zu work: «Ein paar Wochen dauert es noch, dann erhalten die ehemaligen Mitarbeitenden Bescheid.» Er und sein Team haben in diesem Fall alle Hände

voll zu tun. Das Verfahren sei administrativ sehr aufwendig, sagt Bernegger, denn die Zahl der Gläubiger sei gross. Und in der grossen Fabrikhalle stünden viele spezielle Maschinen.

### «GESCHÄFT ZERSTÖRT»

Im Dezember 2020 hatte sich die Krise bei Indosa zugespitzt: Damals stellte die ganze Belegschaft – unterstützt von der Unia – die Arbeit ein. Denn die Personalverantwortliche M., die letzte Gefährtin des Firmeninhabers Werner Grabher (80), hatte bei den Löhnen zuerst getrickt und sie dann gar nicht mehr gezahlt (work berichtete: [rebrand.ly/frau-m](https://www.rebrand.ly/frau-m)).

Im Mai 2021 dann der Paukenschlag: Das Kreisgericht Rheintal leitete ein Konkursver-



Maschinenfabrik Indosa AG: Ganze Belegschaft ohne Lohn!

**Frau M. ruiniert Firma und verschwindet**

Wahrscheinlich: Pictorica AG

www.pictorica.ch

entschädigung der Arbeitslosenstellen. Wieder andere haben noch gar keinen Rappen gesehen.

Doch im Januar wurde einem neuen Konkursbegehren stattgegeben. Und diesmal liess Grabher die Einsprachefrist verstreichen. Seither ist das Konkursamt mit dem Inventar der Vermögenswerte beschäftigt.

Ex-Patron Werner Grabher war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Seine letzte Zuschrift an work stammt vom Mitte März und beginnt so: «Sie haben mir mein supergutes Geschäft zerstört!» Schuld seien aber auch Mitarbeitende, Behörden und besonders seine Rechtsvertreter: «Die Anwälte kassieren nur Vorkasse – ohne Leistung!»

Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 20. Mai. Wir bleiben aber weiter auf Facebook, Instagram und Twitter aktiv.



REINIGERIN FINKA ERCEG:  
«Mein Herz war die ganze  
Zeit bei der Klinik. Aber  
mein Verstand wollte nicht  
akzeptieren, was da  
passiert.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

Reinigerin Finka Erceg (58) bietet den Hirslanden-Chefs die Stirn

# «Ich will mit Respekt behandelt werden!»

**Monatelang protestierten die Reinigerinnen der Linde-Klinik in Biel gegen ihren Rauswurf. Immer vorne mit dabei: Finka Erceg.**

JOHANNES SUPE

Sie ist die Frau, die sich nicht alles bieten lässt. Reinigerin Finka Erceg (58) hat monatelang um ihre Stelle im Spital Linde in Biel gerungen. Hat sich nicht mit der Art abgefunden, wie man sie und ihre Kolleginnen behandelte. 25 Jahre hielt sie die Klinik sauber. Arbeitete oft in der Nacht, um am Morgen noch die fünf Enkelkinder in die Schule bringen zu können. Doch Ende 2021 wollte das Spital sein Reinigungsteam auslagern (work berichtete). Für Erceg ein Schock. Sie erinnert sich:

«Ich war zuerst nicht mal wütend, denn ich konnte gar nicht glauben, was passiert. Lange habe ich gedacht, dass die Klinik mit uns nach einer gemeinsamen Lösung suchen wird. Jahrelang war doch alles in Ordnung. Ich hatte einen sicheren Lohn, und dafür habe ich immer mein Bestes gegeben. Also dachte ich, dass man sich nun auch für uns einsetzt. Ich habe ihnen vertraut. Und warum auch nicht? In der Klinik ging es doch immer ehrlich zu.»

«MIT DEM HERZEN BEI DER KLINIK» Ehrlichkeit – ein Wort, das Reinigerin Erceg immer wieder bringt, wenn sie über ihre Erlebnisse spricht. Wie aufrichtig es in den guten 25 Jahren zugeht. Wie viel Vertrauen in den letzten Monaten verloren ging. Ein Wechsel vom klinikinternen Reinigungsteam zur externen Firma hätte Erceg mit einer Lohnnebenbusse von fast 500 Franken im Monat bezahlt. Doch das erwähnt die gebürtige Kroatianerin, die vor 30 Jahren in die Schweiz kam, nur am Rande.

«Man hatte mir und meinen Kolleginnen versprochen, dass wir direkt



UNERSCHROCKEN: Klinik-Reinigerinnen (v.l.) Döndü Elmali, Finka Erceg, Matilde Dos Santos Diogo und Ljubica Crnogorac. FOTO: LUCAS DUBUIS

nach der Kündigung eine Neuanstellung erhielten. Noch am selben Tag. Und ein Jahr lang sollte es denselben Lohn geben. Nichts davon ist passiert. Das hat mir nicht gepasst. Wir sind doch keine kleinen

«Wir sind doch keine kleinen Kinder, denen man versprechen kann, was man will.»

REINIGERIN FINKA ERCEG

Kinder, denen man versprechen kann, was man will. Über Jahre haben wir alles gemacht. Wenn eine Kollegin krank wurde, haben wir ihre Arbeit miterledigt. Wir erhielten keinen Bonus, jahrelang keine Lohnerhöhung. Es war in Ordnung, aber ich wollte mit Respekt behandelt werden.»

Empört sind auch ihre sieben Kolleginnen, denen dasselbe widerfuhr. Zusammen beschlossen die Frauen, sich bei der Gewerkschaft Unia in Biel zu melden. Es folgte eine wilde Zeit: die Reinigerinnen sammelten fast 800 Unterschriften für eine Petition, die die Klinik zu Gesprächen über einen Sozialplan aufforderte. Mehrfach gaben die Frauen Interviews, schafften es sogar ins Fernse-

hen. Eine war aber immer vorne mit dabei: Finka Erceg.

«Mein Herz war die ganze Zeit bei der Klinik, denn ich mag die Arbeit und die Patienten. Aber mein Verstand wollte nicht akzeptieren, was da passiert. Ganz ehrlich: Für mich allein hätte ich das alles vielleicht nicht gemacht. Aber ich wusste ja, dass es nicht nur um mich geht. Und nachdem wir zusammen besprochen hatten, dass wir etwas tun wollen, war es für mich klar. Man muss ja zu seinem Wort stehen. Also habe ich auch in der Klinik Unterschriften gesammelt. Und ich habe mit der Presse geredet, zum ersten Mal in meinem Leben. Vorher konnte ich kaum schlafen, hatte eine richtige innere Unruhe. Aber als ich angefangen habe zu sprechen, sind die Worte einfach aus mir herausgekommen.»

«ICH WÜRDTE ES WIEDER TUN»

Bis zuletzt bleibt Erceg konsequent. Eine Stelle beim neuen Reinigungsdienst schlägt sie aus, muss sich nun mit Ämtern und Arbeitssuche herumschlagen. Doch die 58jährige ist sich sicher, dass ihr Einsatz richtig war.

«Natürlich habe ich gemischte Gefühle, gerade jetzt, wo ich auf Ar-

**Verhandlungen: Jetzt spricht Hirslanden mit der Gewerkschaft**

Nach der Kündigung der Reinigerinnen verweigerte die Klinik Linde, die zur Hirslanden-Gruppe gehört, zunächst Gespräche mit der Unia. Dabei war die Gewerkschaft von den Kolleginnen damit beauftragt worden, eine Lösung für den Konflikt zu finden. Beispielsweise angemessene Abgangszahlungen. Es folgte eine wochenlange Auseinandersetzung mit der Klinik, in deren Verlauf Hunderte Klinikbeschäftigte eine Petition der Reinigerinnen unterzeichneten.

KONSTRUKTIV. Ende März lenkte die Klinik dann ein. Erste Gespräche mit dem Spital fanden bereits statt, eine zweite Runde wird am 2. Mai abgehalten. Über den Inhalt der Verhandlungen ist Stillschweigen vereinbart. Unia-Verhandlungsführer Alain Zahler zeigte sich aber nach dem ersten Treffen zuversichtlich: «Das erste Gespräch, an dem die Eckwerte und das weitere Vorgehen besprochen wurden, ist konstruktiv verlaufen.» (jos)

beitssuche bin. Aber ich würde alles wieder genauso machen. Wir sind Arbeiterinnen, und wir haben Respekt verdient. Zum Glück haben mich mein Mann und meine Familie die ganze Zeit unterstützt. Und von den Kolleginnen weiss ich nach allem, dass ich mich wirklich zu 100 Prozent auf sie verlassen kann.»

Sie sei nun für neue Herausforderungen offen, meint Finka Erceg. Welche das sein könnten? Da ist sie sich noch unsicher. Vielleicht ja etwas, das ihre grosse Leidenschaft berührt. Erceg bäckt fürs Leben gern. Verschiedene Torten, Muffins, Küchlein, aber auch Spezialitäten aus Bosnien bereitet sie zu. Immer nach eigenen Rezepten. Aber was auch immer die Zukunft bringen mag, Finka Erceg wird ihren Weg gehen. Immer vorneweg.

## Spitex verspricht Ombudsstelle

LUZERN. Mangelnder Respekt und ein schikanöses Kontrollregime: Die Missstände bei der Luzerner Spitex MBS wiegen schwer. 30 von 40 Pflegenden haben in den letzten zwei Jahren gekündigt. Doch jetzt wehren sich die Mitarbeitenden. Mit Hilfe der Unia lancierten sie eine Petition für bessere Arbeitsbedingungen. Die Spitex räumt in der «Luzerner Zeitung» nun erstmals Fehler ein und sagt, es habe «interne Turbulenzen» gegeben. Künftig werde eine Ombudsstelle für Mitarbeitende geschaffen. Für Unia-Mann Giuseppe Reo reicht das jedoch nicht: «Priorität muss die zeitnahe Behebung der Missstände haben.»

## Gewerkschafts-Hype erfasst Apple

ATLANTA (USA). Nach jüngsten Erfolgen der Arbeitenden bei Starbucks und Amazon schwappt die Organisierungswelle nun auf Apple über. In einem Laden in Atlanta befürworten über 70 der



PREMIERE: Bald könnte es eine Apple-Gewerkschaft geben. FOTO: KEY

107 Verkaufsmitarbeitenden eine Abstimmung über einen Gewerkschaftsanschluss. Das sind weit mehr als die 30 Prozent, die das Gesetz verlangt. Die «Communication Workers Union» darf somit eine Betriebsabstimmung abhalten. Gewinnt sie, wäre sie die erste Gewerkschaft in einem US-Apple-Store.

## Türkei überfällt Nordirak

DOHUK (IRQ). Seit Russland und die Ukraine in Istanbul verhandelt haben, präsentiert sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan als Friedensstifter. Gleichzeitig führt er selber einen Angriffskrieg: Seit dem 17. April bombardiert das türkische Militär Ziele im gesamten Nordirak und ist mit Bodentruppen einmarschiert. Die Offensive erstreckt sich bis zur nord-syrischen Stadt Kobane, die 2015 bereits vom IS attackiert wurde. Nun ist es Erdoğan, der die Gegend «von kurdischen Terroristen säubern» will. Die Nato-Mächte lassen ihren Bündnispartner bislang gewähren.

## KGB-Razzia bei Gewerkschaften

MINSK (BLR). Weissrusslands Diktator Alexander Lukaschenko schikaniert die unabhängigen Gewerkschaften im Land schon lange. Nun verhaftete der Geheimdienst KGB am 19. April bei einer landesweiten Razzia mindestens 14 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, darunter fast alle Vorsitzenden der freien Verbände. Diese hatten den Abzug der russischen Truppen aus Weissrussland gefordert. Der Internationale Gewerkschaftsbund verlangt die sofortige Freilassung (Petition unterzeichnen: [rebrand.ly/freebelarus](https://rebrand.ly/freebelarus)).



HEISSBEGERHT, ABER SCHLECHT BEZAHLT: Die Löhne im Gastgewerbe gehören zu den niedrigsten der Schweiz. Kein Wunder, haben viele Mitarbeitende die Nase voll und kehren der Branche den Rücken zu. Das Resultat: akuter Personalmangel. FOTO: KEYSTONE

## Lohnverhandlungen: Das fordert die Unia für ihre Branchen «Signifikante Lohnerhöhungen»

Die anziehende Teuerung führt zu einer völlig neuen Ausgangslage bei den Lohnverhandlungen. Deshalb fordert die Unia jetzt Lohnerhöhungen über den Teuerungsausgleich hinaus.

CLEMENS STUDER

Neben der offiziellen Teuerung kommt die Kaufkraft noch weiter unter Druck, weil Krankenkassenprämien und Mietpreiserhöhungen nicht im offiziellen Index berücksichtigt sind. Gehen wir von einer Jahresteuerung von mindestens 2 Prozent aus und einem Anstieg der Krankenkassenprämien im zweistelligen Bereich, wird die Lage für Lohnabhängige dramatisch. In den laufenden und anstehenden Lohnverhandlungen fordert die Unia deshalb neben dem Teuerungsausgleich «signifikante Lohnerhöhungen». Und zwar dringend! Unia-Chefin Vania Alleva: «Viele Arbeitgeber verweigerten in den letzten Jahren substantielle Lohnerhöhungen. Sie gaben die Produktivitätserhöhungen schlicht nicht weiter an die Arbeitnehmenden.» Geradezu extrem sei das bei den Tieflohnen. Alleva: «Diese stiegen zwischen 2016 und 2020 gerade mal um 0,5 Prozent. Für viele wird die Lage jetzt existenziell bedrohlich.» Die Unia fordert deshalb jetzt Folgendes in ihren Branchen:

### Im Bau:

Die Auftragsbücher der Baumeister sind seit Jahren voll. Gleichzeitig nimmt das Verhältnis von Arbeitenden zum Bauvolumen ab. Das heisst: höhere Produktivität durch immer mehr Zeitdruck und Stress für die Bauleute. Konkret fordert die Unia bei den Verhandlungen über den neuen Landesmantelvertrag (LMV) den vollen Teuerungsausgleich plus ein Prozent für die gesteigerte Produktivität der letzten Jahre. Auf einen Durchschnittslohn macht das auf Basis der aktuellen Teuerungsgrosprognose rund 180 Franken pro Monat aus.

### Im Detailhandel:

Die Branche hat sich im allgemeinen gut von den Folgen der Pandemie-Bekämpfung erholt. Coop und Migros vermelden beide Gewinne von je deutlich über einer halben Milliarde Franken. Ein Ausgleich der Teuerung ist das mindeste für die ganze Branche und auch die Anhebung der im Vergleich tiefen Mindestlöhne. Dort, wo es möglich ist, wie etwa bei Migros und Coop, müssen deutliche Lohnerhöhungen über die Teuerung drinliegen sein und auch die Anhebung der Mindestlöhne,

insbesondere für das qualifizierte Personal.

### In der Logistik und dem Onlinehandel:

Sie gehören zu den Profiteurinnen der Coronakrise, doch statt gute Arbeitsplätze zu schaffen, liefern sich die Unternehmen auf dem Buckel der Arbeitenden einen aggressiven Preiskampf. Es gibt immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Unia kämpft für Gesamtarbeitsverträge und Lohnerhöhungen von 1 Prozent über die Teuerung hinaus.

### In der Gastronomie:

Jetzt, wo die Corona-Massnahmen aufgehoben sind, setzt eine starke Erholung der Branche ein. Gebremst wird sie durch den Personalmangel. Gezwungenermassen und verständlicherweise haben sich viele ehemalige Gastro-Beschäftigte in der Coronakrise umorientiert. Neues Personal zu finden gestaltet sich schwierig. Die Arbeitsbedingungen sind hart, und die Löhne im Gastgewerbe gehören zu den niedrigsten der Schweiz. Bereits vor der Pandemie fielen Lohnerhöhungen unterdurchschnittlich aus. Mit fairen Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen würde die Branche auch wieder Personal finden. Die Unia fordert konkret den Ausgleich der Teuerung und generell 70 Franken mehr Lohn pro Monat. Ausserdem müssen die Mindestlöhne insbesondere für das qualifizierte Personal angehoben werden.

### Im Gewerbe:

Hier ist in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) zum Teil der automatische Teuerungsausgleich erreicht. Übersteigt allerdings die Teuerung eine gewisse Schwelle, sehen die GAV-Ver-

handlungen vor. Die Schwellen liegen zwischen 1 und 2 Prozent. Bei einer so hohen Teuerung, wie sie sich jetzt

### «Für viele wird die Lage jetzt existenziell bedrohlich!»

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA



für dieses Jahr abzeichnet, muss die Unia also trotz dieser Klauseln den Teuerungsausgleich verhandeln. Im Ausbaugewerbe sind die Arbeitnehmenden wegen der ständig wechselnden Baustellen auf das private Fahrzeug besonders angewiesen und leiden darum unter den hohen Treibstoffpreisen. Wegen all dieser Faktoren und der guten Auftragslage der Firmen fordert die Unia die Anhebung der effektiven Löhne und der Mindestlöhne um 2,5 bis 3 Prozent.

### In der Industrie:

Ein bedeutender Teil der GAV im Industriesektor sieht ebenfalls einen automatischen Teuerungsausgleich vor. So zum Beispiel der GAV für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Und auch jener bei Stadler Rail und in der Uhrenbranche. Diese Verträge haben Signalwirkung für Verhandlungen auf betrieblicher Ebene dort, wo kein GAV greift. In der kommenden Zeit laufen einige wichtige Verträge in der Industrie aus. Hier wird der Lohnschutz in verschiedenen Formen eine der Hauptforderungen der Unia sein: Es geht um höhere Löhne, höhere Mindestlöhne, um den Kampf gegen geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung und die Einführung von Mindestlöhnen für Hochqualifizierte.

## Gewerkschaftsbund-Chefökonom Daniel Lampart warnt:

# «Es drohen ein Preisschock und ein Prämien schock bei den Krankenkassen»

Die Preise steigen auf breiter Front, und bei den Krankenkassen zeichnet sich eine neue Prämienexplosion ab. SGB-Chefökonom Daniel Lampart sagt, was jetzt zu tun ist.

CLEMENS STUDER

work: Nach mehr als zehn Jahren ist die Teuerung zurück. Und nicht nur die Heizölpreise steigen. Was kommt noch alles auf uns zu? Daniel Lampart: Mittlerweile sind es nicht nur einzelne Produkte, die teurer werden. Die Teuerung erfasst auch Möbel, Kleider, Take-away oder Fitnessabos. Die Teuerung ist bei über 2 Prozent. Das hatten wir schon lange nicht mehr.

### Wie grosse Sorgen müssen wir uns denn machen?

Wir waren in den vergangenen Jahren einfach in einer ausserordentlichen Situation mit Null- oder Minussteuerung. Bis in die 1990er-Jahre war die Teuerung hingegen Alltag. Wirtschaftlich waren das viele gute Jahre. Entscheidend ist aber, dass die Teuerung bei den Löhnen und den Renten ausgeglichen wird. Sonst werden sie entwertet.

### Was bedeutet das konkret?

Ohne Teuerungsausgleich hätten Berufstätige mit einem mittleren Lohn real 1600 Franken weniger Einkommen pro Jahr. Bei berufstätigen Paaren mit Kindern belief sich die Reallohneinbusse auf 2200 Franken.

### Happig!

Ja – und zusätzlich droht ein Prämienchock bei den Krankenkassen von bis zu 10 Prozent. Dieser wird Haushalte mit mittleren Einkommen besonders stark treffen, denn sie erhalten keine oder kaum Prämienverbilligungen. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das eine Mehrausgabe von jährlich rund 1100 Franken. Das reiss ein zusätzliches Loch in das Haushaltsbudget.

### Wo liegen die Ursachen für die Teuerung?

Es gibt verschiedene. Der kriegsbedingte Preisschock bei den Energiepreisen ist eine, immerhin beginnen sich diese zu stabilisieren. Eine andere sind die Lieferengpässe. Wenn es Knappheiten gibt bei Rohstoffen und Produkten, steigen natürlich die Preise. Und ein dritter Grund ist, dass viele Firmen diese Situation nutzen, um die Preise zu erhöhen, was sie lange nicht tun konnten.

### Sie sprechen die Lieferengpässe an. Ist das noch eine Folge der Covid-Pandemie?

Auf den ersten Blick: ja. Aber eigentlich sind sie eine weitere Folge des Renditedenkens in den Firmen – der sogenannten Just-in-time-Logik.

### Wie meinen Sie das?

Die Wirtschaft hat seit den 1990er-Jahren Reserven abgebaut. Bereits in der Finanzkrise 2008 waren die fehlenden Reserven der Banken eines der Hauptprobleme. In der Covidkrise haben wir nun gesehen, was für üble Folgen es hat, wenn die Spitäler zu wenig Personalreserven haben. Weil sie sie vorher abgebaut hatten. Und jetzt haben wir Lieferengpässe, weil die Firmen zu wenig Lagerkapazitäten haben. Das alles ist klassisches privatwirtschaftliches Versagen. Reserven und Lager kosten halt. Deshalb und aus Renditegründen wurden die Reserven abgebaut. Wer davon profitiert, das sind die Aktionäre.

### Sie haben berechnet, dass Normalverdienenden ohne Gegenmassnahmen ein Kaufkraftverlust von 3500 Franken im Jahr droht. Was können wir dagegen tun?

Bei den Löhnen ist es ganz klar: Die müssen erhöht werden. Und zwar generell! Mit einem Teuerungsausgleich und gleichzeitig mit einer Reallohnerrhöhung. Denn in der überwiegen-



SGB-CHEFÖKONOM DANIEL LAMPART: «Berufstätige mit einem mittleren Lohn hätten ohne Teuerungsausgleich 1600 Franken weniger. Pro Jahr!» FOTO: KEYSTONE

den Mehrheit der Branchen läuft es gut bis sehr gut. Die Firmen haben die Coronakrise überraschend schnell überwunden. Auch dank den durch die Gewerkschaften erkämpften Corona-Hilfspaketen und Stabilisierungsmassnahmen des Bundes. Dieser Aufschwung muss endlich bei den Leuten ankommen.

### «Ohne Teuerungsausgleich und reale Lohnerhöhungen geht gar nichts mehr!»

DANIEL LAMPART, SGB

Bei den Krankenkassenprämien liegt die Lösung ebenfalls auf der Hand: Es braucht dringende höhere Prämienverbilligungen. Denn das grosse Problem bei der Krankenversicherung sind die Kopfprämien, also dass alle gleich hohe Prämien bezahlen müssen, egal, wie viel sie verdienen. Wir Gewerkschaften meinen: Niemand soll mehr als 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Deshalb fordern wir eine substantielle Erhöhung der Prämienverbilligungen. Damit auch Menschen mit mittlerem Einkommen entlastet werden und mehr Luft zum Atmen haben. Hier muss der Bundesrat rasch einen entsprechenden Vorschlag machen. Und die Kantone stehen in der Pflicht.

### Warum die Kantone?

Es ist ja verrückt, dass die Kantone im Corona-Jahr 2021 mehr als zwei Milliarden Franken Überschüsse gemacht haben. Und sparen gleichzeitig bei den Prämienverbilligungen. Die Kantone haben von den Corona-Stabilisierungsmassnahmen des Bundes profitiert und von den Zusatzausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Den Kantonen geht es sehr gut. Doch statt mit ihren Überschüssen den Normalverdienenden mit Prämienverbilligungen zu helfen, planen viele Kantone weitere Steuerenkürzungen für Gut- und Best-Verdienende und Vermögende. Da braucht es dringend eine Wende.

### Auf Bundesebene lehnte das Volk in den vergangenen Jahren alle Steuerenkürzungspläne ab, die ohne soziale Abfederung

### daherkamen. In den Kantonen nicht, wieso?

Seit der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III 2017 wurden auf Bundesebene alle Steuerenkürzungen abgelehnt, die keine sozialen Kompensationen vorsahen, das stimmt. Und zeigt: Der Wunsch nach einer steuerpolitischen Wende ist in der Bevölkerung tief verankert.

Generell gilt: Kantonale Vorlagen werden anders eingeschätzt als nationale. Das wissen die Kantonsregierungen und Wirtschaftsvertreter für sich zu nutzen. Doch das Nein zu ebendieser Unternehmenssteuerreform III war auch ein Misstrauensvotum an die Kantone. Zwar kam es danach immer noch zu kantonalen Steuerenkürzungen für Top-Verdienende und Firmen, aber moderater, als viele Kantone es geplant hatten.

### Die OECD hat höhere Mindeststeuern für internationale Konzerne beschlossen. Die Schweiz wird diese übernehmen müssen. Bald kommen etliche Kantone also zu noch mehr Mitteln. Was dann?

Die neuen OECD-Regeln sind grundsätzlich eine gute Sache, weil sie das Steuerdumping zwischen den Ländern, aber auch zwischen den Kantonen bremsen. Ärgerlicherweise hat SVP-Finanzminister Ueli Maurer einen absolut untauglichen Vorschlag zur Umsetzung vorgelegt. Tiefsteuertkantone wie Zug würden von seinen Plänen in einem unzulässigen Mass profitieren.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Der Bund hat hier die Regie. Der Bund wird Vorgaben machen und diese Mindeststeuer auch einstreiben müssen. Das heisst, dass das Geld auch bei ihm landet. Und für uns ist auch klar: Ein Teil dieser Mehreinnahmen muss zur Entlastung der Gering- und Normalverdienenden eingesetzt werden.

### Zurück zu den Löhnen. Es fällt auf, dass ältere GAV den automatischen Teuerungsausgleich haben, neuere weniger.

Tatsache ist, dass der automatische Teuerungsausgleich von den Arbeitgeber Anfang 1990er-Jahre angegriffen wurde. Es waren damals gewerkschaftlich schwierige Zeiten, und effektiv flog der automatische Teuerungsausgleich dann

aus vielen GAV raus. Das ist jetzt natürlich ein kleiner Nachteil, weil wir Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen nun über etwas verhandeln müssen, das eigentlich selbstverständlich ist. Nämlich, dass die Teuerung ausgeglichen wird. Damit die Berufstätigen real nicht weniger im Portemonnaie haben.

### Mit dem Teuerungsausgleich sinken die Löhne nicht, aber sie steigen auch nicht. Genau! Darum braucht es auch Reallohnerrhöhungen.

### Die Arbeitgeber und bürgerliche Ökonomen warnen jetzt schon lautstark vor «Überreibungen» bei den Lohnforderungen. Und behaupten, dass höhere Löhne die Teuerung weiter anheizen würden. Stimmt das?

Ach, die finden immer und bei jeder konjunkturellen Lage sogenannte Gründe gegen Lohnerhöhungen. Tatsache ist doch: Die Preise fallen nicht vom Himmel. Wenn Schweizer Firmen ihre Preise erhöhen, dann haben sie daraus auch einen Mehrertrag. Es ist nicht so, dass sie Verluste machen. Denn in der derzeitigen Konjunkturlage können sie die Preiserhöhungen in zahlreichen Branchen relativ einfach an ihre Kundschaft weitergeben.

Tatsache ist zudem: Sehr vielen Firmen geht es derzeit gut. In den meisten Branchen wird gutes Geld verdient. Aber: Wenn der Teuerungsausgleich jetzt nicht kommt, wird die Kaufkraft massiv geschwächt. Das wiederum würden etliche Branchen wie etwa der Detailhandel, das Gastgewerbe oder die Coiffure unmittelbar merken. Wenn die Berufstätigen weniger verfügbares Einkommen haben, müssen sie ihre Ausgaben zurückschrauben. Das kann nicht im Interesse der Gesamtwirtschaft sein.

## Soll der Bund die Benzinpreise subventionieren, Herr Lampart?

### Die Preise für Benzin, Diesel und Heizöl sind in den vergangenen Wochen explodiert. Was tun?

CLEMENS STUDER

work: Der russische Überfall auf die Ukraine hat einen Schock bei den Energiepreisen ausgelöst. Was hat das für Folgen? Daniel Lampart: Für die Schweiz sieht die Lage so aus: Das Rohöl ist teurer geworden, gleichzeitig ist aber der Dollar zum Franken schwächer geworden. Das bedeutet: Der Preis für ein Fass Rohöl ist für uns nicht auf einem Höchststand. Anders sieht es beim Heizöl aus. Das kostet so viel wie kaum je zuvor.

### Warum?

Der Hauptgrund ist die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Sie wurde richtigerweise aus Klimaschutzgründen angehoben. Und wird teilweise wieder an die Bevölkerung zurückerstattet. Aber leider nur teilweise: Ein ganzer Drittel fliesst an die Hausbesitzenden, die damit ihre Liegenschaften sanieren sollen. Wir Gewerkschaften

finden das falsch. Und wir haben immer gefordert, dass die Abgabe vollständig zurückerstattet wird. Wenn man Hausbesitzende subventionieren will für Isolationen und Wärmepumpen zum Beispiel, dann soll man das über allgemeine Steuermittel finanzieren. Nicht über eine Lenkungsabgabe, die alle gleich belastet!

### Sollte der Bund den Benzinpreis subventionieren?

Die hohen Benzinpreise sind für Personen, die auf ein Auto angewiesen sind, eine Belastung. Allerdings muss man auch wissen, dass Autofahren in den vergangenen Jahren billiger geworden ist wegen des stark aufgewerteten Frankens. Aber das ist aus gewerkschaftlicher Sicht nicht entscheidend. Entscheidend ist der Teuerungsausgleich. Wenn ein vollständiger Teuerungsausgleich durchgesetzt werden kann, sind die höheren Benzin- und Heizölpreise finanziert. Konkret: Bei einem Lohn von 5000 Franken macht der Teuerungsausgleich von 2 Prozent 100 Franken mehr im Monat.



FOTO: KEYSTONE

## EU-Anschubfonds Milliarden fliessen

Jetzt fliessen sie, die Milliarden aus EU-«Recovery Funds», dem Wiederaufbau-Topf der Europäischen Union. 750 Milliarden Euro schwer, soll er den Mitgliedsländern zu einem Konjunkturanstoss nach der Coronakrise verhelfen. Spanien erhielt schon im Januar eine erste Tranche von 10 Milliarden. Jetzt wurden die ersten 21 Milliarden für Italien freigegeben, 190 Milliarden werden es insgesamt sein. Davon müssen 40 Prozent nicht zurückbezahlt werden.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Das ist viel Geld: Umgerechnet auf Schweizer Verhältnisse, entsprächen die 190 Milliarden Euro etwa 25 Milliarden Franken. Fast die Hälfte des Geldes geht in den Süden. Fast 70 Milliarden in den ökologischen Umbau, 20 Milliarden ins Gesundheitswesen, insbesondere in die spitalexterne Pflege. Und nochmals 20 Milliarden fliessen in Bildung und Forschung. Noch ist nicht

### Nach Corona und wegen des Krieges: Die Gelder kommen genau richtig.

garantiert, dass das alles rundläuft. Die Gewerkschaften mischen sich deshalb jetzt ein. Sie wollen sicherstellen, dass der Staat die Gelder wirklich für neue Projekte einsetzt und nicht für schon ewig vorgesehene. Und sie wollen kontrollieren, dass das Geld nicht in Projekte fliesst, die prekär arbeiten lassen.

**CORONA & REZESSION.** Die EU-Milliarden kommen gerade zur rechten Zeit. Einen Investitionsanstoß braucht Europa nämlich nicht nur zur Überwindung der Ausfälle aus der Coronakrise. Sondern auch gegen die Rezession, die nun mit dem Krieg in der Ukraine droht. Vielleicht muss die EU den grossen «Recovery»-Topf sogar noch vergrössern. Denn jetzt braucht es noch schnellere Grossinvestitionen, um die Energieversorgung sicher- und umzustellen. Die EU hat zudem einen neuen Wiederaufbaufonds für die Ukraine angekündigt.

**GEMEINSAME ANTWORT.** Noch vor wenigen Jahren hatte die EU jede solidarische Kreditaufnahme verweigert und stattdessen allen Mitgliedstaaten Sparprogramme verschrieben. Jetzt zeigt sie sich von einer besseren Seite und hat eine gemeinsame Antwort auf Probleme, welche die Staaten nicht mehr allein lösen können. Das wird auch von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzt: Anti-Europa-Parolen stossen derzeit auf weniger Widerhall als auch schon. Vor fünf Jahren punktete Marine Le Pen in Frankreich zum Beispiel noch mit EU-Bashing, jetzt im Präsidentschaftswahlkampf musste sie Kreide fressen. Profitiert von der Europapolitik hat aber Emmanuel Macron (siehe auch Seite 8).



## Denksportaufgabe 1.-Mai-Quiz

Wie kam es zum Tag der Arbeit? Als richtiges Arbeiter:innenkind weisst du sicher Bescheid. Teste dein Wissen rund um den 1. Mai an unserem Quiz:

[www.unia.ch/1-mai-quiz](http://www.unia.ch/1-mai-quiz)

## Neues Scheidungsurteil des Bundesgerichts:

# «Demütigung für die Frauen»

**Gleichstellung, aber zu Lasten der Frauen: Das Bundesgericht blendet im Scheidungsrecht die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit der Frauen aus.**

RALPH HUG

Vor wenigen Tagen sorgte ein Bundesgerichtsentscheid für Aufsehen. Es ging um einen Scheidungsfall aus Zürich: Ein sehr gut verdienender Ehemann hätte monatlich über zehntausend Franken an den Unterhalt seiner geschiedenen Frau zahlen sollen. Und zwar so lange, bis die gemeinsame Tochter die Oberstufe absolviert hat. Sechs Jahre lang. Der Mann wollte aber nur einen Bruchteil zahlen, weshalb er bis vor Bundesgericht klagte. Rechtlich gesehen ein ganz gewöhnlicher Fall, wie er x-fach und täglich vorkommt – trotz des einkommensbedingt beträchtlichen Unterhaltsbetrags. Das Bundesgericht fand jetzt auch, das sei zu viel, und gab dem Ehemann recht. Begründung: Das Vorhandensein gemeinsamer Kinder allein reiche nicht aus, damit dem betreuenden Elternteil ein gebührender Unterhalt zustehe.

Das ist Juristendeutsch. Und heisst übersetzt: Die Ex-Frau soll arbeiten gehen, wenn sie den gewohnten Lebensstandard behal-

### Diesen Fall entschieden fünf ältere, bürgerlich eingestellte Männer.

ten will. Ein Unterhaltsanspruch bei einem gemeinsamen Kind soll nicht mehr wie früher gegeben sein. Das jüngste Urteil ist nur eines in einer Reihe von ähnlichen zum Unterhalt. So hob das Bundesgericht die «45er-Regel» auf, indem geschiedene Frauen auch mit 45 Jahren noch erwerbstätig sein sollen. Nach dem Motto: Nach der



VON WEGEN FAIR: Noch immer stemmen vor allem Frauen die unbezahlte Arbeit daheim und stecken dafür im Beruf zurück. Bisher fingen die Unterhaltszahlungen diese Ungleichheit auf. Jetzt nicht mehr. FOTO: ZVG

Scheidung sorgt jede und jeder für sich selbst.

### AUF KOSTEN DER FRAUEN

Das tönt modern, geht aber immer auf Kosten der Frauen. Denn meist sind ja sie es, die das Unterhaltsgeld erhalten. Weil die Hauptlast der Kinderbetreuung während einer Ehe nach wie vor bei ihnen liegt, nach einer Scheidung sowieso. Was für Männer mit durchgehendem Erwerbsarbeitsleben meist problemlos scheint, kann für geschiedene, alleinerziehende Mütter zu prekären Einkommenssituationen führen: Können sie überhaupt wieder einen Job in ihrem Beruf antreten? Wie tief ist dann der Lohn? Ist es überhaupt möglich, sich mit einem Teilzeitjob bei gleichzeitigen Betreuungspflichten über Wasser zu halten? Schweige denn, den bisherigen Lebensstandard zu halten?

«Nein», sagt Anja Peter dazu. Die ehemalige Unia-Frauensekre-

tärin, jetzt bei der Plattform Economiefeministe tätig, ist über solche Urteile des Bundesgerichts entsetzt: «Sie sind eine Demütigung für die Frauen.» Ihre Leistung in der Haus- und Erziehungsarbeit werde einfach ausgeblendet. Die grosse Mehrheit der geschiedenen Mütter sei gar nicht in der Lage, ohne volle Unterhaltszahlungen überhaupt den Lebensunterhalt zu bestreiten. Anja Peter verweist auf neuere Studien der Lebenslauf-forschung. Diese belegen, dass geschiedene Frauen heute über ein tieferes Haushaltseinkommen verfügen als noch in den 1990er Jahren. Auch seien die Einkommen von Frauen nach der Scheidung nicht im selben Mass gestiegen, wie die Unterhaltszahlungen abgenommen hätten.

### REALITÄT IGNORIERT

Engagierte Feministinnen schütteln zunehmend den Kopf über

den Kurs der Bundesrichter. Wenn Unterhaltspflichten immer stärker begrenzt würden, missachte dies die tatsächlichen Lebensrealitäten der Geschlechter und sei frauenfeindlich, so die Kritik. Demgegenüber zeigt Alliance F, der Bund der Frauenorganisationen, Verständnis für den Kurs aus Lausanne, macht aber deutlich: «Wer A sagt, muss auch B sagen.» Es müsse dann auch Lohngleichheit, bessere Renten und eine erschwingliche Kinderbetreuung geben.

Manche Feministinnen sind über den Entscheid aus Lausanne übrigens überhaupt nicht überrascht, denn: Das erwähnte Urteil vom 25. März 2022 (5A\_568/2021) stammt von der II. zivilrechtlichen Abteilung. Diesen Fall entschieden fünf Männer, ausser einem alle weit über 50 Jahre alt. Und sämtliche bürgerlich eingestellte (2 SVP, 2 FDP, 1 BDP).

## Traditionskonzern Saurer schliesst die Fabrik in Arbon TG ... ... und Köbi Auer ist untröstlich

**Der Saurer-Konzern hat die Stickmaschinen-Sparte verkauft, ohne Rücksicht auf die Buezerinnen und Buezer. Das trifft auch Betriebskommissionspräsident Köbi Auer (61). Und zwar mitten ins Herz.**

RALPH HUG

Über 40 Jahre war Unia-Mitglied Köbi Auer bei Saurer. Keiner kennt den Betrieb besser als er. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass langjährige Saurer-Buezer bei ihrer Entlassung von einem Spezialprogramm für über 58jährige profitieren können. Jetzt trifft es ihn selber. Ausgerechnet!

### HERZLOSE MANAGER

Auer steht an diesem tristen Montagnachmittag Ende April in den Werkhallen von Saurer in Arbon TG. Sie sind praktisch leer. Da und dort stehen noch Paletten mit Maschinenteilen herum. Darauf der Name «Epoca». So heisst Saurers Hochleistungs-Stickautomat. Er galt als der beste der Welt. Jetzt gehört «Epoca» Saurers schärfstem Konkurrenten: Die Franz Lässer AG aus dem rheintalischen Diepoldsau hat die Sparte «Embroidery» von Sau-



AUS UND VORBEI: Saurer-Buezer und Unia-Mann Köbi Auer in den leeren Fabrikhallen in Arbon. Über 40 Jahre lang hat er hier gearbeitet. FOTO: RH

rer übernommen und ist jetzt globaler Monopolist bei diesen Maschinen. Zehn Millionen Franken soll Patron Lässer auf den Tisch gelegt haben. Offiziell ist der Verkaufspreis nicht bekannt. Die Betriebskommission hatte noch Pläne vorgelegt, wie das Stickmaschinengeschäft zu retten sei. Köbi Auer ist der Präsident dieser Kommission. Er sagt: «Wir haben sogar mehrere ernsthafte Interessenten präsentiert.» Aber Saurer wollte die Sparte loswerden. Mehr interessierte die Manager nicht.

Dabei bemühten sie den Artikel 333 im Obligationenrecht. Dieser aus gewerkschaftlicher

Sicht problematische Paragraph regelt die Betriebsübernahme. Dabei gehen bei einem Verkauf alle Vermögenswerte an den neuen Besitzer über. Personal inklusive. Offiziell gibt es keine Kündigungen und keine Arbeitslosen. Und auch ein Sozialplan entfällt. Doch in der Praxis sieht es anders aus. Der Familienbetrieb Lässer untersteht keinem Gesamtarbeitsvertrag. Die Firma zahlt schlechtere Löhne als der Saurer-Konzern. Eine Sozialpartnerschaft kennt Lässer nicht.

**HÄRTEFALL-FONDS**  
Rund die Hälfte der 45 betroffenen Saurer-Leute haben schon

selber gekündigt, als die Übernahme letzten Dezember bekannt wurde. Inzwischen hat Lässer einigen übernommenen Saurer-Leuten gekündigt. Er könne sowieso nicht alle brauchen, hatte er im Vorfeld verlauten lassen. Ein halbes Dutzend von ihnen ist jetzt auf Jobsuche. Buezer Auer ist einer von ihnen.

Sein einziger Trost: Ein Fonds für Härtefälle übernimmt die Beiträge an die Krankentaggeldversicherung und die Pensionskasse und ermöglicht auch eine Frührentenrente. Das hatte die Betriebskommission unter Auers Ägide bei der letzten Abbauübung vor zwei Jahren durchgesetzt.

2012 hatte die chinesische Jinsheng-Gruppe Saurer gekauft. Befürchtungen, dass die Chinesen nur das Know-how abzügeln und den Standort Arbon bald dichtmachen würden, bewahrheiteten sich nicht. Und doch: Es war im Prinzip das Ende des Schweizer Traditionskonzerns, dessen Lastwagen und Stickmaschinen einst weltberühmt waren. Als Technologiekonzern existiert Saurer jedoch weiterhin. Weltweit stehen rund 4200 Mitarbeitende in seinen Diensten.

# Der Baumeisterverband wird 125 Jahre alt: Geboren aus den Streiks der Büzzer



DER EWIGE LARDI: Seit sieben Jahren führt Bauunternehmer und FDP-Mann Gian-Luca Lardi (in der Mitte) den Schweizerischen Baumeisterverband (SBV). Gerne geschneitelt und flankiert vom SBV-Zentralvorstand, wie hier in seinem ersten Amtsjahr 2015. FOTO: SBV

**Mit den landesweiten Streiks der Bauarbeiter am Ende des 19. Jahrhunderts waren die Baumeister heillos überfordert. Dann lernten sie von den Büzern – und gründeten eine mächtige Organisation.**

JONAS KOMPOSCH

Trotz bester Auftragslage ist die Feierlaune vieler Baumeister getrübt. Zu sehr sind die Materialpreise in die Höhe geschossen – Pandemie und Putin sei Dank. Und zu hartnäckig fordern die Baubüzzer – nach mehreren Lohnnullrunden – ein gerechtes Stück vom üppigen Kuchen sowie generell einen besseren Landesmantelvertrag (LMV). Der geltende läuft Ende Jahr aus (work berichtete).

Dennoch hat der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) guten Grund, die Korken knallen zu lassen: Am 11. März wurde er 125 Jahre alt!

Seine Geschichte begann im Jahr 1897. Damals existierten erst einige lokale Baumeistervereine. Auch die Maurer hatten noch keine schweizweite Gewerkschaft. Doch gegen ihre elenden Arbeitsbedingungen wehrten sie sich schon wacker: 1868 war es in Genf zum ersten Schweizer Maurerstreik gekommen. Bald folgten Streiks im ganzen Land. Bis 1897 legten Maurer über 50 Mal die Arbeit nieder, hinzu kamen rund

**Den ersten LMV handelten Baumeister und Gewerkschaften 1938 aus.**

20 Streiks von Steinmetzen, 50 von Schreibern und 40 von Zimmermännern. Dagegen wollten sich die Meister besser wappnen – und trafen sich am 4. März 1897 im Bieler Hotel Victoria. Ihr einziges Traktandum: «Besprechung der akuten Arbeiter- und Streikfrage und Gründung eines Vereins der schweizerischen Baumeister».

**GEGEN «SCHMUTZKONKURRENZ»**

Beides hatte im Eiltempo zu erfolgen, denn auch die Bauarbeiter steckten mitten im Aufbau einer nationalen Organisation. Und so notierte der Protokollant: «Baumeister Haag redi-

giert sofort ein Schreiben an sämtliche grössten Schweizerstädte, dass die Organisation der Arbeiter die Meister zur Vereinigung zwingen.»

Schon eine Woche später war es so weit: In Olten gründeten sie den Schweizerischen Baumeisterverband.

Eine seiner ersten Handlungen: die Schaffung einer Streikkasse. In ihren Genuss kamen aber nur Mitglieder, die das Verbandsreglement strikt befolgten. Strengstens verboten waren etwa Unterverhandlungen mit Streikenden. Dazu waren nur die SBV-Organen berechtigt. Auch durfte kein Meister schlechtere Arbeitsbedingungen schaffen, als sie der SBV in seiner «Arbeitsordnung» diktiert hatte. So sollte billige «Schmutzkonkurrenz» gebodigt werden. Aber auch bessere Arbeitsbedingungen waren verboten, damit keine «schädlichen Begehrlichkeiten» befeuert würden. Zudem mussten Streikende unverzüglich auf schwarzen Listen registriert und dem SBV gemeldet werden. Denn für sie galt ein Anstellungsverbot.

Ungehorsame Mitgliedsfirmen kassierten saftige Bussen. Parieren mussten aber auch Unternehmer ausserhalb des SBV. Andernfalls riskierten sie einen Boykott durch die SBV-Mitglieder und deren Handelsgenossenschaft für Baumaterial.

**PATRONALE GESCHICHTSKLITTERUNG**

Mit solchen Methoden kam der SBV zu enormer Macht. Das Nachsehen hatten die Maurer, die mit unterdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen konfrontiert waren. Zur Zeit des Ersten Weltkriegs seien die Maurer sogar «die Parias des Baugewerbes» gewesen, schrieb der damalige Zürcher Arbeitersekretär August Vuattolo. Und tatsächlich: Auch nachdem sie den freien Samstagmittag erkämpft hatten, mussten die Maurer, oft Italiener, noch immer 55 Stunden pro Woche chrapfen. Erst nach dem blutig unterdrückten Landesstreik von 1918 folgte eine kurze Tauwetterperiode: «In dieser Zeit wurde im Einvernehmen mit den Sozialpartnern die 48-Stunden-Woche beschlossen.» Das behauptet die SBV-Jubiläumsschrift von 1997. Richtig ist: 1919 wurde die 48-Stunden-Woche für die meisten Berufe Wirklichkeit. Auch der SBV führte sie ein. Aber bloss, um sie 1920 wieder zu kübeln!

15 000 Maurer liessen sich das nicht gefallen und verweigerten das alte Zeitregime. Darauf wurden sie von ihren Meistern ausgesperrt. Elf Wochen lang hielten die Arbeiter durch – ohne Lohn, unterstützt nur durch die Gewerk-

**SBV heute: Die fetten Jahre sind vorbei**

Politisch tickt der Baumeisterverband noch immer stramm freisinnig. Doch eine blosse Kampfgenossenschaft der Patrons ist er längst nicht mehr, sondern ein Wirtschaftsverband mit weitverzweigter Tätigkeit. Mit aktuell 67 Vollzeitzellen und einem Vermögen von fast 50 Millionen Franken (exklusive der Schätze seiner Handelsgenossenschaft HGC und der rund 70 Millionen, über die seine Untersektionen verfügen) zählt der SBV zu den Elefanten unter den Arbeitgeberverbänden.

**MITGLIEDERSCHWUND.** Doch die fetten Jahre sind vorbei. Im Rekordjahr 1991 zählte der SBV noch 5330 Mitglieder. Dann dezimierte die einsetzende Wirtschaftskrise seine Basis stark. Und im Bauboom der letzten zwanzig Jahre gelang bloss eine Teilerholung. Heute sind es noch 2700 Mitglieder, was gut der Hälfte aller Betriebe entspricht. Das Problem: Das Subunternehmertum grassiert, und diese Buden sparen sich die happigen Mitgliederbeiträge lieber. Doch die Grossfirmen halten dem SBV die Stange, weshalb er noch immer rund 80 Prozent der Baubeschäftigten abdeckt. (jok)

schaftskasse. Als diese leer war, kam es vor dem Bundeshaus in Bern zu Hunger-Demonstrationen. Doch die Meister blieben am längeren Hebel: Erst um 1929 gelang dem Bauarbeiterverband der 48-Stunden-Durchbruch. Bis zur ersten Ferienwoche dauerte es sogar bis 1944.

**NICHT IMMER REAKTIONÄR**

Aber nicht immer stand der SBV auf der sozialen Bremse: Als einer der ersten Arbeitgeberverbände schuf er 1937 eine Beratungsstelle für Unfallverhütung. Ein Jahr später verhandelte er mit den Gewerkschaften den ersten Landesmantelvertrag. Und 1948 unterstützte er die Gründung der AHV – dies notabene im Gegensatz zum Arbeitgeberverband, dem Gewerbeverband und dem Vorort (heute Wirtschaftsverband Economiesuisse), die allesamt eifrige Gegner der obligatorischen Rentenversicherung waren. Ein Meilenstein war ausserdem die Einführung des flexiblen Altersrücktritts (FAR) im Jahr 2003. Zwar mussten die Bauarbeiter auch dafür jahrelang kämpfen. Doch kaum war die Rente mit 60 da, erkannte auch der SBV, dass davon die ganze Branche profitiert.

**SBV und work:  
Wo die Fetzen fliegen**

**Dass zwischen Kapital und Arbeit hart gerungen wird, bekommt auch diese Zeitung immer wieder zu spüren.**

JONAS KOMPOSCH

Wo es um Existentielles geht, wird hart gerungen. Das ist auch zwischen den Baumeistern und den Bauarbeitern so. Und zwischen den Baumeistern und der Baugewerkschaft Unia. Zu spüren bekommt das immer wieder auch diese Zeitung. Vor zwei Wochen erst klagte SBV-Sprecher Matthias Engel gegenüber dem «Blick» sein Leid: Den «aggressiv

**Ex-SBV-Chef Messmer weigerte sich, mit work zu reden.**

aufgebauten Beiträgen» von work könne sein Verband nicht viel abgewinnen. Weniger streng urteilt dagegen Engels Chef, SBV-Direktor Benedikt Koch. Im Oktober gratulierte er der Gewerkschaftszeitung zum 20-Jahr-Jubiläum und schickte diplomatisch-freundliche Grüsse: «Das work ist für mich eine interessante Informationsquelle, um zu entdecken, wie unterschiedlich die Arbeitswelt betrachtet werden kann.» Doch nun hat Direktor Koch beim SBV gekündigt und übergibt den Chefessel auf den 1. Juni an Bernhard Salzmann.

**SCHRILLE TÖNE.** Der Walliser war zuvor unter dem rechtsfreisinnigen Hans-Ulrich Bigler Chefkommunikator beim Gewerbeverband und befeuerte als solcher die SVP-Kampagne gegen die Radio- und Fernsehgebühren der vermeintlich linken «Staatssender». Wird Salzmann nun also auch im neuen Job schrille Töne anstimmen? Anzeichen dafür gibt es. Der Walliser Baumeisterverband etwa kritisiert die SBV-Spitze scharf. Dort würden realitätsferne und dogmatische «Technokraten» herrschen, die «eher gegen eine Gewerkschaft als für das Wohlergehen der Arbeitnehmer und der Unternehmen» kämpften. Wenig später machte work publik, dass fast gleichzeitig vier von sieben SBV-Geschäftsleitungsmitgliedern ihre Posten räumen: politische Lämpchen beim Baumeisterverband? Davon wollte Salzmann allerdings nichts wissen. Mit internen Querelen habe das nichts zu tun, sagte er auf Anfrage. Sicher ist damit zumindest so viel: Die Kommunikationskanäle zwischen dem SBV und work sind intakt. Das war nicht immer so.

**SONNTAGSCHRIST.** Im Sommer 2007 hatte der SBV einseitig den Landesmantelvertrag aufgekündigt, den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) auf dem Bau. Es war die Tat des damaligen Präsidenten Werner Messmer. Dem Thurgauer Hardliner, FDP-Nationalrat und ultrafrommen Freikirchler war es gelungen, die rückwärtsgewandten unter den Meistern, oft Kleinunternehmer, gegen die Aufgeschlosseneren und Grossen aufzubringen. So



**BIBLISCH: work-Titelseite nach der GAV-Kündigung durch die Baumeister 2007.**

FOTO: WORK

stärkte Messmer den rechten SBV-Flügel. Dieser wurde etwa vom damaligen SVP-Ständerat This Jenny vertreten, der meinte: «Von mir aus kann man nicht nur den 1. Mai abschaffen, sondern auch mit den Gewerkschaften aufhören.» Auf die LMV-Kündigung reagierte work natürlich prompt, hievte Messmer auf die Frontseite und titelte biblisch: «Du sollst den GAV nicht töten!» Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn kommentierte, das LMV-Kübeln sei nicht gerade christlich. Schon die Apostel Jesu hätten schliesslich alles miteinander geteilt. Diese zentrale christliche Botschaft könne einer, der als Bibeltreuer glaubwürdig sein wolle, nicht missachten. «Ausser, er ist nur am Sonntag ein Christ. Und werktags ein Kapitalist.» Eingeschnappt verweigerte Messmer dem frechen Büzzerblatt fortan jeden Kommentar. Geradezu heilig sind im Vergleich dazu die aktuellen Sticheleien.

## Royale Vermögen: König Felipe lässt die Hosen runter

Glaubt man Felipe von Spanien, ist er der totale Habenichters unter den Royals. Zeit für einen königlichen Kassensturz!

JONAS KOMPOSCH

Das Leben der Adligen ist kein leichtes. Paparazzi lauern an jeder Ecke. Und die Presse tippt schon die nächste Skandalgeschichte. Darum wagt König Felipe VI. von Spanien jetzt den Befreiungsschlag. Mit einer Transparenz-Offensive will er «die Krone modernisieren». Sein erster Streich: Offenlegung seines Privatvermögens. Über 2,75 Mil-



«ARMER KÖNIG»: Felipe VI. von Spanien. FOTO: KEYSTONE

lionen Euro will der Reformkönig verfügen. Unter den 44 Monarchen dieser Welt wäre er damit quasi ein Habenichters. Zum Vergleich: Sein Vater Juan Carlos I. fand auf seinem Schweizer Konto allein im Jahr 2008 ein Überraschungsgeschenk von 100 Millionen Dollar. Die «kleine»

## Wann folgt endlich der globale Rexit?

Freundschaftsgeste stammte vom damaligen Saudi-König Abdullah ibn Abd al-Aziz. Doch weil Papa Juan mit dem Zustupfnicht nur auf Elefantenjagd ging, sondern auch seine deutsche Freundin Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn beglückte, begannen im Nu die Korruptionsgerüchte. Dann ermittelte die Genfer Staatsanwaltschaft wegen Geldwäsche. Und in Spanien tobte das Volk und schickte den Alten in die Wüste. Seither schmolzt Juan in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Der dortige Emir von Abu Dhabi übrigens ist mit 15 Milliarden Dollar bloss der viertreichste Gekrönte der Welt. Doppelt so viel Geld besitzt der reichste König: Maha Vajiralongkorn aus Thailand. Das zumindest weiss das Magazin «Business Insider» zu berichten.

**MEGXIT.** In Europa, wo sich noch zwölf Volkswirtschaften ein Königshaus leisten, ist Grossherzog Henri von Luxemburg am besten betucht. 4 Milliarden Dollar nennt er sein Eigen. Doch auf den Geldbergen ausruhen darf auch er sich nicht. Denn Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein ist ihm mit 3,5 Milliarden dicht auf den Fersen. Und dessen LGT-Bank generiert stetig neue Einkünfte. Auf der Reichstentliste sind ausser Queen Elisabeth II. Frauen nicht zu finden.

Eine jedoch soll die Palastrevolution versucht haben: Herzogin Meghan von Sussex! Laut den «Palace Papers», einem brandneuen Enthüllungsreport aus dem Hause Windsor, soll Meghan auf die royalen Schätze geschickt haben. Wer könnte es ihr verdenken: Das britische Königshaus soll über 23,5 Milliarden Euro wert sein! Doch letztlich wollte Meghan von der Blaublutsippe doch nichts mehr wissen und machte den «Megxit». Wann folgt der globale «Rexit»?

# Nach der Präsidentschaftswahl ist vor der Parlamentswahl Emmanuel Macron hat keine Mehrheit in Frankreich

Der neoliberale Präsident Macron darf weitere fünf Jahre ran. Dicht verfolgt von Marine Le Pen. Auf Frankreich kommen heisse Zeiten zu.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Türen wurden verammelt, Fenster mit Brettverschlagen geschützt. In Vereinslokalen legte man letzte Hand an Notfallpläne und organisierte Telefonketten. Zwei Ärztinnen standen bereit. Kleine Gruppen begannen, Wachrunden zu schieben, in den höheren Etagen hielten Spähende Ausschau.

Gegen Abend des 24. April leerten sich die Strassen: Marseilles Nordquartiere befürchteten einen Wahlsieg der Rechtsextremistin Marine Le Pen und die Saubannerzüge von feiernden faschistischen Schlägertrupps. Hier haben die Leute lange Erfahrung mit rassistischen Morden und mit den Übergriffen einer rassistisch verseuchten Polizei.

Als um 20 Uhr das Bild von Präsident Emmanuel Macron auf den TV-Schirmen erschien, atmeten die Menschen auf. Macron mag man zwar auch nicht, Marseille wählt links, ein Bollwerk des Zusammenlebens in der Region Sud, die sich stramm rechts orientiert. Doch immerhin war Le Pen erst einmal geschlagen.

## SPIEL MIT DEM FEUER

Exakt um 20 Uhr 01 dann starteten in zwei Dutzend Städten Demonstrationen gegen den Plan des Präsidenten, den sozialen Abbau jetzt noch zu beschleunigen. Etwa mit einer harten Erhöhung des Rentenalters (notfalls unter Ausschaltung des Parlaments). Macron ahnt wohl, dass er sich beeilen muss. In sieben Wochen stehen nationale Parlamentswahlen an. Auch dem Präsidenten ist klar, dass er keine Mehrheit im Lande hat. Viele, die für Macron eingelegt haben, wollten nicht ihn, sondern bloss Le Pen verhindern.

13 Millionen Stimmberechtigte gingen erst gar nicht zur Urne, mehr



MACRON MÖGEN SIE NICHT: Protest gegen die Wiederwahl von Präsident Emmanuel Macron auf der Place de la République in Frankreichs Hauptstadt Paris. FOTO: GETTY

als 2 Millionen legten aus Protest leer ein. Auf einem Wahlzettel stand «Marine Macron». Für seine Wiederwahl hatte der Präsident das Spiel mit dem Feuer riskiert. Systematisch stärkte er die Kandidatin Le Pen, um ein Duell mit Jean-Luc Mélenchon, dem Kandidaten der Linken, zu verhindern. Mélenchon plädiert für einen rabiateren Bruch mit dem neoliberalen Kapitalismus Macrons – ein gefährlicher Gegner für den «Präsidenten der Reichen». Also wucherte Macron mit sämtlichen Themen der Rechten, von Migration über Islam bis Sicherheit. So banalisierte Macron das brutale Programm von Le Pens Partei Rassemblement national, obschon er wusste, dass ein Wahlsieg Le Pens «einen Bürgerkrieg entfesseln» müsste,

## Auf einem Wahlzettel stand «Marine Macron».

wie er bei der einzigen TV-Wahldebatte einräumte.

MACRON MÖGEN SIE NICHT: Protest gegen die Wiederwahl von Präsident Emmanuel Macron auf der Place de la République in Frankreichs Hauptstadt Paris. FOTO: GETTY

## ZERRISSENES FRANKREICH

Auch in Berlin und Brüssel wurde die Wiederwahl Macrons mit Seufzern der Erleichterung quittiert. An einer Präsidentin Marine Le Pen wäre Europa zerbrochen. Le Pen will die Europäische Union aufmischen: mit russischem Geld, im Bündnis mit ihrem ungarischen Mentor Viktor Orbán und anderen osteuropäischen Rechten, mit der deutschen AfD und den Neofaschisten von den Fratelli d'Italia.

Ein «Frexit» auf Raten war angesagt. Hunderttausende von Migrantinnen und Migranten wollte Le Pen aus Job und Land werfen und Zehntausende «Papierfranzosen» aus Sozialwohnungen und Versicherung. «Nationale Präferenz» nennt sie das. Exakt das Gegenteil der europäischen Idee.

Noch als sich Macron unter dem Eiffelturm als Retter Europas feiern liess, schlich sich Beklemmung in die Erleichterung. Denn Le Pen hatte seit 2017 mehr als zwei Millionen Stimmen zugelegt. Heute sind bereits 42 Prozent der Wählerinnen und Wähler Frankreichs bereit, sich von einer kaum getarnten Neofaschistin regieren zu lassen.

Macrons rabiater Sozialabbau, die extreme Bereicherung der bereits Reichsten und der Aktionäre und die massive Repression aller Proteste haben Frankreich zerrissen. Seine Polizei hat in fünf Jahren 24 000 Demonstrierende verletzt, 3500 davon schwer. Das haben die Strassenärztinnen und -ärzte, die «Streetmedics», gezählt. So öffnet Macrons Politik den Rechtsextremen einen breiten Boulevard an die Macht. Wenn nicht heute, dann 2027 bei der nächsten Präsidentschaftswahl.

# Im Juni sind in Frankreich schon wieder Wahlen: Rachel Kéké gegen den Bürgerblock

Frankreichs Volksmund verspottet die Abgeordneten der Nationalversammlung gerne als «Playmobile». Das spielt darauf an, dass Präsident Emmanuel Macron die Volksvertreterinnen und -vertreter nach Belieben umherschickt. Das Parlament ist zur machtlosen Registrierkammer verkommen.

**RECHTS UND RECHTSAUSSEN.** Die linke Union populaire (UP) will dies nun ändern. Sie sucht eine aktive Mehrheit zu gewinnen. Mitte Juni wird das neue Parlament gewählt. In der Regel bekommt der Präsident dabei fast mechanisch eine Mehrheit. Das ist dem Wahlmodus geschuldet: So werden die 577 Abgeordneten nicht proportional nach Parteienstärke gewählt, sondern nach dem Majorzprinzip in 577 Einer-Wahlkreisen. Nur, diesmal liegen die Dinge etwas anders. Die beiden dominierenden Parteien seit 1969, die bürgerlich-rechten «Les Républicains» (LR) und die neoliberal gewendeten Sozialdemokraten, haben fast jede Bedeutung verloren (und die meisten ihrer Mit-

glieder). Neu hat sich die Politik in drei Blöcken sortiert. Im Machtblock (auch Bloc bourgeois genannt) versammelt Macron seine Anhängerinnen und Anhänger (aus den Pariser

## Die Linkspartei UP hat die besten Chancen, die Politik aufzumischen.

Eliten), die Republikaner plus die Restbestände der SP und jene Grünen, die die soziale Wende der Ökologie verpasst haben. Derzeit versucht Macron, auch noch die letzten Republikaner ins Boot zu holen und die Fraktion um den grünen Präsidentschaftskandidaten Yannick Jadot zu kapern. Der Präsident will sich grünwaschen. Wahrscheinlich überleben weder die Grünen noch die SP oder die Republikaner diese Wahlen als Parteien.

Rechtsausen im nationalistischen Block hat ein wüstes Hauen und Stechen eingesetzt. Eric Zemmour, unterlegener Präsidentschaftskandidat und ein knallharter Neofaschist, Lieb-

ling der News-Sender und der Pariser Salons, will die Chefin des Rassemblement national, Marine Le Pen, stürzen. In einem giftigen Videoauftritt nannte er sie eine «ewige Verliererin». Bereits hat er viele Spitzenleute von Le Pen abgeworben und auch ihre Nichte Marion. Problem: Er ist bei der klassischen Wählerschaft der Rechtsextremen (Tieflohnerinnen und Tieflohner sowie absinkende Mittelklasse in eher ländlichen Gebieten) völlig durchgefallen. Gefährlich wäre nur, wenn sich Zemmour und Le Pen zusammenraufeten.

zu Le Pen gewechselt hatten. Zudem ist es der UP gelungen, in einem Schattenparlament ein breites gesellschaftliches Bündnis zu bauen. Es reicht von der brillanten Philosophin Barbara Stiegler über die Klimajugend und Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen bis zu Rachel Kéké. Die Zimmerfrau Kéké hat den 22 Monate langen, erfolgreichen Streik in einem Pariser Hotel angeführt (work berichtete). Jetzt will sie für die UP in die Nationalversammlung.

**LINKS.** Die besten Chancen aber, die alte Politlandschaft aufzumischen, hat die Union populaire. Sie ist die erste ernstzunehmende linke Kraft seit vier Jahrzehnten. Nicht nur, weil ihr Kandidat Jean-Luc Mélenchon



RACHEL KÉKÉ: Die Zimmerfrau kandidiert für die Nationalversammlung.

OLIVER FAHRNI



GEFÄHRLICHE FLUCHT: Mehr als 44 000 Menschen sind in den letzten 30 Jahren an den EU-Aussengrenzen gestorben. FOTO: KEYSTONE

Abstimmung am 15. Mai: Ein Nein zur Frontex-Vorlage gefährdet nicht die Personenfreizügigkeit.

# Noch mehr Millionen für die EU-Grenzschutzagentur?

**Diese Abstimmung ist die humanitär wichtigste in diesem Jahr: Die EU will ihre Grenzschutzagentur Frontex massiv aufrüsten. Auch die Schweiz müsste noch mehr bezahlen. Nicht mit uns! sagen die Gewerkschaften.**

CLEMENS STUDER

Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie wurde 2005 gegründet. Seither ist ihr Budget von 6 Millionen Euro um 7000 Prozent gestiegen und soll weiter massiv steigen (siehe Abschnitt: Was plant die EU?).

Hauptsächlich ist die Frontex aktiv bei der Abwehr «irregulär» Geflüchteter. Bei EU-weiten Ausschaffungen. Und bei der Hochrüstung von lokalen Grenzschutztruppen. Dabei beschränkt sich die Frontex unterdessen nicht mehr auf die Schengen-Aussengrenzen, sondern operiert auch in Drittstaaten.

Dort nimmt die Frontex auch Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf. So zum Beispiel durch die libysche Küstenwache. Dieser hilft die Frontex, Flüchtlingsboote zurück nach Libyen zu treiben, wo die Geflüchteten unter grauenhaften Umständen (über)leben müssen.

Weil so viel Geld im Spiel ist und so wenig Kontrolle, ist auch die Korruption im Frontex-Geschäft gross. So sieht es jedenfalls die EU-Anti-Korruptionsbehörde Olaf. Sie führt aktuell mehrere Untersuchungen.

## Was plant die EU?

Die Frontex soll zu einem 10 000 Personen starken stehenden Heer ausgebaut werden – ausge-

rüstet mit eigenen Waffen, eigenen Booten, eigenen Flugzeugen und eigenen Drohnen. Während das Frontex-Budget 2005 noch 6 Millionen Euro betrug, soll es bis 2027 auf 5,6 Milliarden Franken steigen. Wegen der Korruptionsskandale und der aufgefliegenen systematischen Menschenrechtsverletzungen hat das Europäische Parlament derzeit einen Teil des Frontex-Budgets gesperrt.

## Warum bezahlt die Schweiz mit?

2004 hat die Schweiz das Schengen-Abkommen ratifiziert – seit Dezember 2008 entfallen die Personenkontrollen an den Grenzen zu den anderen Schengen-Ländern. Die Schweiz profitiert als Schengen-Mitglied von den unmenschlichen Frontex-Einsätzen. Denn als Land, das nur auf den Flughäfen Schengen-Aussengrenzen hat, wird sie von der Frontex vor Geflüchteten «mitgeschützt». Das will sie sich – für einmal nicht geizig mit Geld für die EU – auch etwas kosten lassen. Konkret: Bis 2027 sollen jährlich 61 Millionen Franken an die EU für Frontex überwiesen werden. 2021 waren es 24 Millionen Franken.

## Was ist das Schengen-Abkommen?

Vereinfacht: Innerhalb der EU und der Schengen-Länder, die nicht EU-Mitglieder sind, gibt es keine systematischen Personenkontrollen an den Grenzen mehr. Dafür werden die Schengen-Aussengrenzen noch schärfer und militarisierter kontrolliert. Europa ist eine Festung. Die Abschottungspolitik der EU kostete seit 1993 über 44 000 Menschenleben.

## Fällt die Personenfreizügigkeit?

Das ist eine Behauptung der Frontex-Anhänger. Eine ziemlich leere allerdings. Zwar sind Schengen und die Personenfreizügigkeit eng miteinander verbunden, aber zwei unterschiedliche sogenannte Rechtsakte. Unter anderem darum wirkt keine «Guillotine-Klausel», die besagt, wenn das eine fällt, fällt alles andere automatisch. Das hat unter anderem Rainer J. Schweizer, emeritierter Europa-

rechtsprofessor der Universität St.Gallen, in der NZZ klargestellt. Nachzulesen online unter: [rebrand.ly/schweizerfrontex](https://www.rebrand.ly/schweizerfrontex). Ein Nein zu noch mehr Schweizer Frontex-Milliarden für den Frontex-Ausbau ist also nicht automatisch das Ende der Schweizer Schengen-Mitgliedschaft – und auch nicht der Personenfreizügigkeit. Oder, wie es Professor Schweizer sagt: Das Frontex-Referendum «ist kein Spiel mit dem Feuer».

## Wer will mehr Frontex-Millionen?

SVP, FDP CVP und die rechten Grünen der GLP. Die Operation Libero, die unterdessen zur faktischen GLP-Vorfeldorganisation geworden ist, kämpft an vorderster Front für die zusätzlichen Frontex-Millionen. Übrigens mit einem besonders zynischen Sujet: einem rettenden Handschlag – wo es doch gerade um das Gegenteil geht: das Zurückstossen von Fliehenden zu Lande und zu Wasser.

## Wer ist dagegen?

Die SGB-Gewerkschaften, die fortschrittlichen Parteien, Hilfswerke, religiöse Kreise und unzählige Organisationen der Asylbewegung und der Zivilgesellschaft.

## Was geschieht bei einem Ja?

Die Schweiz bezahlt noch mehr Millionen für menschenunwürdige und teilweise tödliche Aktionen an den Schengen-Grenzen.

## Was geschieht bei einem Nein?

Eine Untersuchungskommission des EU-Parlaments hat 2021 in einer Anhörung massive Menschenrechtsverstöße durch die Frontex festgestellt. Das Parlament hält deshalb einen Teil des Budgets zurück und will klarere Regeln und eine bessere Kontrolle der Frontex-Einsätze. Ein Schweizer Nein zu noch mehr Frontex-Millionen würde diese Position stärken. Und ganz generell klarmachen, dass die Mehrheit in diesem Land nicht bereit ist, mehr zu bezahlen für noch mehr Menschenrechtsverletzungen.

«Lex Netflix»

## Ja zum Filmgesetz!

**Netflix & Co. sollen die Schweizer Film- und Serienproduktion unterstützen.**

CLEMENS STUDER

Streamingdienste sollen nicht nur kassieren, sondern auch investieren. Das will das revidierte Filmgesetz. Doch rechte Jungparteien haben dagegen das Referendum ergriffen. Am 15. Mai stimmen wir ab.

**DARUM GEHT ES:** Mit dem abgeänderten Filmgesetz sollen Streamingdienste wie Netflix verpflichtet werden, sich mit 4 Prozent ihres in der Schweiz gemachten Umsatzes an einheimischen Film- und Serienproduktionen zu beteiligen oder die Filmförderung zu unterstützen. Ausserdem sollen mindestens 30 Prozent des Streaming-

**Wegen des Filmgesetzes werden Netflix & Co. nicht teurer.**



FILMGESETZ: Mehr Geld für Schweizer Produktionen wie die Erfolgsserie «Tschuggler». FOTO: SRF

Angebotes aus europäischer Produktion stammen. Ähnliches gilt bereits heute für Schweizer TV-Sender oder Schweizer Ableger von ausländischen TV-Konzernen. Eine Mindestquote für Schweizer Produktionen steht nicht im Gesetz. Kommt das Gesetz durch, rechnen Expertinnen und Experten mit Abgaben in der Höhe von 18 Millionen Franken jährlich.

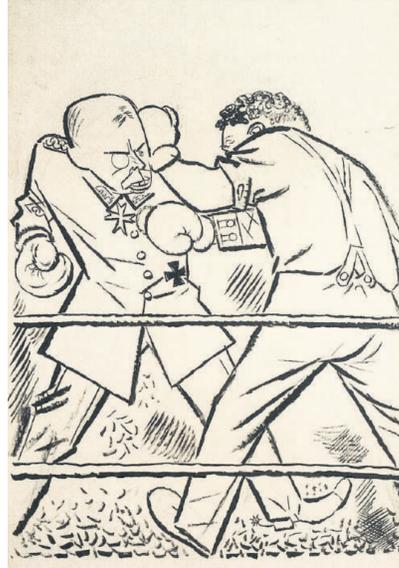
**IST DAS EINE NEUE STEUER?** Nein! Auch wenn die Gegnerinnen und Gegner des Gesetzes das hartnäckig behaupten.

**WERDEN NETFLIX & CO. DANN TEURER?** Nicht wegen des neuen Filmgesetzes. Netflix zum Beispiel verlangt bereits heute in der Schweiz die höchsten Preise weltweit. Erst im Januar wurden die Schweizer Abopreise erneut angehoben. Zentral ist: Es kommen auf die Streaming-Dienste keine neuen Ausgaben zu. Einzig die Investitionen müssen leicht umgeschichtet werden.

## WER IST GEGEN DAS FILMGESETZ?

Das Referendum ergriffen haben die Juniorenabteilungen von SVP, FDP und GLP. Auch die Schweizer Privatsender sind dagegen: sie müssen zwar bereits heute die 4 Prozent in die Schweizer Filmproduktion investieren. Konnten aber bisher mit Werbepplatz bezahlen. Konkret: Zwischen billig eingekauften Uralt-Serien und Dauerwerbeseudungen konnten sie Spots für Schweizer Filme schalten und mussten dann nichts bezahlen. Die Nein-Parolen vertreten unter anderem auch FDP und SVP, der Gewerbeverband und das wirtschaftsfinanzierte rechte Konsumentenforum.

**WER IST DAFÜR?** Die Gewerkschaften, SP, Grüne, Mitte und GLP. Und unter anderen die Verbände der Filmproduktionsbranche, der Dachverband der Kulturschaffenden (Suisseculture), die Urhebergenossenschaft Suisa.



«SCHLAGT TOT»: Boxkampf zwischen einem Arbeiter und dem deutschen Generalstabschef Hans von Seeckt, der 1923 einen kommunistischen Aufstand niederknuppeln liess. FOTO: ZVG



«HALTET IHN!»: Grosz' Darstellung Wilhelms II., der sich nach seinem Sturz (1918) mit 59 Güterwagen voller Kostbarkeiten ins niederländische Dorn absetzte. FOTO: ZVG

Zeichner und Kriegsgegner Grosz: Ausstellung zum richtigen Zeitpunkt

# Bilder gegen die Dummheit der Machthaber



**George Grosz (1893 bis 1959) war einer der berühmtesten Künstler der klassischen Moderne Deutschlands. Trotzdem blieb er aufgrund seines politischen Engagements im Abseits. Und er bleibt es auch heute noch.**

MICHAEL STÖTZEL

Eine Ausstellung von Zeichnungen des Malers, Karikaturisten, Antimilitaristen und Antikapitalisten George Grosz gerade zu einem Zeitpunkt, an dem Russlands Putin den Krieg nach Europa zurückgebracht hat. So passend es ist, es bleibt ein Zufall. Denn die Geschichte folgt keinem Drehbuch. Aber es gibt Geschichten zu erzählen, die eine Katastrophe ankündigen können. Grosz hat das getan mit seinen Zeichnungen, seinen Aquarellen, seinen Karikaturen. Als Chronist der 1920er Jahre stand er ganz unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und seiner Folgen. So wurden die Nachkriegsjahre in seinen Arbeiten sehr bald die Vorkriegsjahre des Zweiten Weltkriegs.

Er erlangte in Berlin Berühmtheit, weil er seine Zeichnungen für ein gutes Instrument im Kampf gegen das derzeitige Mittelalter (...) gegen die Dummheit und willkürliche Brutalität der derzeitigen Machthaber hielt. Vielleicht aber auch, obwohl er das tat. Er zeichnete und malte einerseits Kriegskrüppel, Randständige und Prostituierte in den Strassen und Kneipen und andererseits die «Stützen der Gesellschaft»: kriegslüsterne Generale, fette Bürger, Professoren und Kleriker. Er fertigte ta-

gesaktuelle, beissende Karikaturen, die ihm einen Teil seines Lebensunterhalts einbrachten. Und er begleitete immer wieder mit offensichtlicher Begeisterung die Aktionen der Kommunistinnen und Kommunisten, auch wenn er selbst die KPD 1923 nach einem Besuch der Sowjetunion wieder verliess, weil ihm ihre Politik zu diktatorisch war.

## REPUBLIKANISCHER GEDANKE

Auffälliger Mittelpunkt der 45 in Zürich ausgestellten Werke aus dem Nachlass sind drei teils kolorierte Zeichnungen mit Variationen. Da ist die – 1923 entstandene – Flucht Wilhelms II., der sich nach seinem Sturz (1918) mit 59 Güterwagen voller Kostbarkeiten ins niederländische Dorn absetzte. Grosz' Titel: «Haltet ihn!». Unter den Armen schlepft der letzte deutsche Kaiser zwei Säcke mit Geld. Eine mächtige Hand packt ihn am Kragen, in einer Bild-Variation ist es die Hand der kommunistischen Partei. Ein bettelnder Kriegsversehrter hockt als Beobachter am Rand des Blattes.

Dann ebenfalls von 1923 ein Boxkampf zwischen einem Arbeiter und dem deutschen Generalstabschef Hans von Seeckt, der im Oktober 1923 einen kommunistischen Aufstand im ostdeutschen Sachsen niederknuppeln liess und ein zeitweiliges Verbot der KP verfügte. Neben dem Entwurf eines Plakats für die KP ist auch das Plakat selbst zu sehen, die Leihgabe eines Zürcher Sammlers. Von Seeckt ist ordensgeschmückt und trägt auch während des Kampfes sein charakteristisches Monokel. Die martialisches Plakatparodie: «Schlagt tot».

Schliesslich das 1925 entstandene karikaturhafte Aquarell «Der Sieg des republikanischen Gedankens». Ihn verkörpern drei Sozialdemokraten, der deutsche Reichstagspräsident Paul Löbe, der zeitweilige deutsche Reichswehrminister und Kommunistenfresser Gustav Noske sowie Reichspräsident Friedrich Ebert. Gemeinsam schieben

und stützen sie den längst vergreisten Helden des Ersten Weltkriegs, Feldmarschall Paul von Hindenburg, als Nachfolge Eberts auf den Präsidentenstuhl.

## ZEITIDEEN

Eine auf den ersten Blick unscheinbare kleine Bleistiftzeichnung von 1930 verdeutlicht schliesslich die Brillanz von Grosz in der Analyse gesellschaftlicher Bedrohungen. Betitelt mit «Zeitideen», hängen eine Faust, Hammer und Sichel an seidendünnen Fäden. Daneben steht kraftstrotzend das faschistische Rutenbündel. Und am Boden liegt im Staub die Malerpalette.

Als hätte Grosz vorausgesehen, was auf ihn zukommen sollte. Nur Tage vor dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 zog er mit seiner Familie in die USA. So entkam er dem Nazikommando, das nur noch seine Wohnung und sein Atelier verwüsten konnte. Grosz wurde ausgebürgert, seine Arbeiten wurden aus den Museen verbannt, viele endeten als «entartete Kunst» im Feuer.

Als er 1959 aus seinem US-amerikanischen Exil wieder nach Berlin zurückkehrte, wurde er mit Pomp empfangen. Dank ihm wollte die Frontstadt des Kalten Krieges wieder zur Kulturmetropole erwachen. Er hielt es in der alten Heimat nur wenige Wochen aus, dann soff sich der 66jährige zu Tode.

## Grosz: Ausstellung in Zürich

Zeichnungen von George Grosz. Galerie Meridian, Kirchgasse 30, 8001 Zürich. Bis 30. April. Ab 11. Mai im Roten Antiquariat, Birmsdorferstrasse 107, 8003 Zürich. Finissage am 16. Juni.

Direkte Unia-Hilfe an ukrainische Kolleginnen und Kollegen

# 6 Tonnen Lebensmittel und 2000 Zahnbürsten



SCHWERE LAST: Die Unia sendet 6 Tonnen Lebensmittel zu ihren Schwestergewerkschaften in die Ukraine. FOTO: LUCAS DUBUIS



SOLIDARISCHE FIRMA: Chauffeur Hasan hilft beim Beladen. Die Alliance Transport AG sponsert den Transport der Güter in die Ukraine. FOTO: LUCAS DUBUIS



TRANSPORTBEREIT: Mehl, Tomaten-Konserven und Pampers sind geladen. FOTO: LUCAS DUBUIS

## Gewerkschaftliche Solidarität in Zeiten der Kriege: Die Unia unterstützt den Gewerkschaftsbund im ukrainischen Lwiw direkt. Ein erster Hilfsgüter-Transport ist angekommen.

CLEMENS STUDER

Die Anfrage kam am 10. März zur Unia, über die Internationale Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeitenden IUF. Darin bat der regionale Gewerkschaftsbund von Lwiw um Hilfsgüter und finanzielle Unterstützung. Lwiw (deutsch: Lemberg) ist die siebtgrösste Stadt der Ukraine und liegt im Westen des Landes, nahe bei der polnischen Grenze. In die Region Lwiw flohen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine viele Menschen aus östlichen Landesteilen, weil diese unter russischem Dauerfeuer stehen. Der Gewerkschaftsbund Lwiw engagiert sich in der Flüchtlingsbetreuung. Unter anderem versorgt er auch die

Tausende von Geflohenen, die im Fussballstadion der Stadt Unterkunft gefunden haben. Die Aufgabe ist enorm und der Bedarf an Hilfe auch. Es fehlt an vielen Ecken und Enden.

## EGGHÖLZLI-LWIW

Die Anfrage der Lwiwer Kolleginnen und Kollegen war dringlich und detailliert. Hans Hartmann vom Unia-Präsidialsekretariat sagt: «Wir haben entschieden, neben unserem Engagement via das gewerkschaftsnahe Hilfswerk Solidar Suisse und den Europäischen Gewerkschaftsbund auch direkte Hilfe von der Gewerkschaft zu leisten.»

Nach einigen weiteren Abklärungen des Bedarfs, der Beschaffungsmöglichkeiten und der logistischen Anforderungen stand der erste Transport. Auch dank der Hilfe verschiedener Firmen, die die Unia-Sammlung grosszügig unterstützten.

Er umfasst 6 Tonnen an Lebensmitteln, einige Tonnen Zucker von der Schweizer Zucker AG, 1500 Powerbanks, 60 Taschenlampen, 2000 Zahnbürsten und Hygieneartikel.

Er umfasste 6 Tonnen an Lebensmitteln, einige Tonnen Zucker von der Schweizer Zucker AG, 1500 Powerbanks, 60 Taschenlampen, 2000 Zahnbürsten und Hygieneartikel.

## Die Anfrage der Lwiwer Kolleginnen und Kollegen war dringlich und detailliert.

Güter in Lwiw sein und an die Geflüchteten verteilt, wie Oleg Dolinski, der beim Lwiwer Gewerkschaftsbund für die Koordination zuständig ist, kurz vor Redaktionsschluss meldete.

## ZUSÄTZLICHE MEDIKAMENTE

In den nächsten Tagen werden jetzt noch dringend benötigte Medikamente durch die Freudenberg-Apotheke in Bern für den Transport nach Lwiw bereitgestellt. Sie haben es aus technischen Gründen nicht auf den ersten Unia-Transport in die Ukraine geschafft. Voraussichtlich werden sie mit einem Transport des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) Richtung Ukraine gebracht. Der ÖGB ist wie zahlreiche andere europäischen Gewerkschaftsbünde sehr engagiert in der Ukraine-Hilfe.



IM KRIEGSGEBIET: Nationalratspräsidentin Kälin, hinter ihr Amtskollege Stefantschuk. FOTO: KEY

## Nationalratspräsidentin Irène Kälin: «Auf der Seite des Völkerrechts»

Kälin und ihre Delegation besuchten Kiew und umliegende Städte, in denen nach der Vertreibung der russischen Truppen Massengräber entdeckt worden sind. Einem «Blick»-Reporter, der sie begleitete, sagte Kälin: «Nebst all dem wahnsinnigen Leid ist es sehr schön, den unglaublichen, bemerkenswerten Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer zu sehen.» Und: «Es ist Aufgabe der Schweiz, uns bedingungslos auf die Seite des Völkerrechts zu stellen.» Unter Ausschluss der Öffentlichkeit traf Kälin später Claude Wild, der Schweizer Botschafter in der Ukraine.

Kälin und ihre Delegation besuchten Kiew und umliegende Städte, in denen nach der Vertreibung der russischen Truppen Massengräber entdeckt worden sind. Einem «Blick»-Reporter, der sie begleitete, sagte Kälin: «Nebst all dem wahnsinnigen Leid ist es sehr schön, den unglaublichen, bemerkenswerten Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer zu sehen.» Und: «Es ist Aufgabe der Schweiz, uns bedingungslos auf die Seite des Völkerrechts zu stellen.» Unter Ausschluss der Öffentlichkeit traf Kälin später Claude Wild, der Schweizer Botschafter in der Ukraine.



## PUTIN VOR GERICHT!

Kofi Annan war von 1997 bis 2006 Generalsekretär der Uno. Er hatte einen trockenen Humor. Einmal sagte er: «Töte einen Menschen, und du kommst ins Gefängnis. Bring zehn Menschen um, und du kommst in eine psychiatrische Anstalt. Ermorde zehntausend Menschen, und du wirst zu einer Friedenskonferenz eingeladen.»

**Der Tag, an dem Putin in Den Haag ankommt, wird ein Freudentag sein.** Das Statut von Rom, das die Grundlage für die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs bildet, wurde am 17. Juli 1998 unterzeichnet. Das Gericht verfolgt weltweit Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord. Es soll den sarkastischen Ausspruch von Kofi Annan widerlegen.

Wie Millionen anderer Europäerinnen und Europäer sitze ich seit zwei Monaten jeden Abend vor meinem alten Fernsehapparat ... ohnmächtig und erschüttert. Die Bilder aus der Ukraine sind fürchterlich.

UNGEBROCHENER WIDERSTAND. In Tschetschenien, in Syrien und jetzt in der Ukraine – die Strategie Präsident Putins ist immer die gleiche: Seine Raketen, Sprengbomben und Artilleriegeschosse bombardieren systematisch Häuser, Spitäler, Schulen, Wasser- und Elektrizitätswerke, Nahrungsmittellager. Stets sollen dabei möglichst viele Menschen sterben. Denn das Ungeheuer im Kreml will die Moral und den Freiheitswillen der Zivilbevölkerung brechen. Allerdings geht Putins Rechnung bis anhin nicht auf. Der Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer ist ungebrochen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ist eine mächtige Organisation. Sein jährliches Budget: 149 Millionen Euro. Über 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darunter sind viele hochkompetente Juristen, Gerichtsmedizinerinnen und Polizisten. Die meisten von ihnen sammeln jetzt materielle Beweise für russische Gräueltaten in der Ukraine. Für jedes Massaker wird die vertikale Befehlskette rekonstruiert, von Putin über die kommandierenden Offiziere bis zu den mordenden Soldaten. Der Generalstaatsanwalt in Den Haag hat schon jetzt die Namen vieler russischer Mordgesellen im Computer. Würde er der Täter habhaft, könnten die Prozesse morgen beginnen.

KEINE UTOPIE. Ist die universelle Gerichtsbarkeit eine Utopie? Keineswegs. Die Schlichter im bosnischen Srebrenica (1995) – Milošević, Mladić, Karadžić – wurden nach Den Haag übergeführt. Charles Taylor, der zwischen 1991 und 2000 Zehntausende in Liberia ermorden liess, sitzt nach seiner Verurteilung lebenslang in einem britischen Zuchthaus. Ebenfalls zu lebenslanger Haft wurden 51 Täter des rwandischen Völkermordes von 1994 verurteilt.

Und Putin? Die Geschichte ist unvorhersehbar und mysteriös. Wenn morgen die russische Wirtschaft zerfällt, wenn die Invasoren am ukrainischen Widerstand zerbrechen, dann wird ein Nachfolge-regime in Moskau den Massenmörder in Handschellen nach Den Haag schicken. Unsere Aufgabe als Europäerinnen und Europäer ist es, die Sanktionen gegen Russland weiter zu verschärfen und den ukrainischen Soldaten effiziente Waffen zu senden. Der Tag, an dem Putin in Den Haag ankommt, wird ein Freudentag sein.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlings und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



HAPPIGE VORWÜRFE GEGEN ORPEA: Gravierende Pflegemängel, Vernachlässigung und Misshandlung von Seniorinnen und Senioren. FOTO: IMAGO

## Skandal-Konzern Orpea: Grausiges Milliardengeschäft mit der Pflege Wehe, wenn die Totengräber kommen!

**Die Altersbetreuung ist zum Eldorado für skrupellose Managements verkommen, auf Kosten der Pflegebedürftigen. Dies zeigt das Beispiel von Orpea in Frankreich.**

RALPH HUG

Das Buch schlug ein wie eine Bombe. Seither ist Frankreich in Aufruhr. Denn was Autor Victor Castanet in seinem Enthüllungsreport «Les Fossoyeurs» (Die Totengräber) zu berichten hat, schockt die ganze Nation. Castanet recherchierte jahrelang in privaten Alters- und Pflegeheimen, vorab des Konzerns Orpea. Und deckte krasse Missstände auf: chronischen Personalmangel, manipulierte Stellenpläne, Stress und Arbeitsdruck. Vernachlässigung von Bewohnerinnen und Bewohnern bis hin zum vorzeitigen Tod. Gleichzeitig erzielen solche Pflegekonzerne Höchstrenditen, schleusen die Gewinne in Steueroasen und prellen den Staat um Milliarden.

Castanets Panorama ist mehr als gruslig. Der Aufstieg von Orpea (siehe Box) war nur möglich dank aggressivem Wachstum, aber vor allem dank der Privatisierung. Nach und nach stiessen Gemeinden und Départements ihre Alters- und Pflegeheime ab. Plötzlich fanden sich diese unter den Fittichen von Privatunternehmen wie Orpea, Korian, DomVi oder Colisée wieder. Frankreich wurde zum Eldorado der Altersheimkonzerne. Und diese breiten sich nun in ganz Europa aus.

**Autor Victor Castanet.** FOTO: GETTY

von Privatunternehmen wie Orpea, Korian, DomVi oder Colisée wieder. Frankreich wurde zum Eldorado der Altersheimkonzerne. Und diese breiten sich nun in ganz Europa aus.

### SYMPTOME VON UNTERERNÄHRUNG

Autor Castanet sagt, dass die Orientierung am Gewinn statt am Wohlergehen der Menschen der Treiber aller Missstände sei. Die Unternehmen könnten ihre Gewinne nur durch Senkung der Personalkosten und Begrenzung des Pflegeaufwands steigern. Je schmalere die Stellenpläne, desto mehr fällt fürs Management und das Aktienariat ab. Kapitalismus in der Altersbetreuung – das ist ein Systemfehler, macht Castanet klar.

Orpeas Weg nach oben ist mit Skandalen gepflastert. Seit 2015 reissen die Berichte über gravierende Pflegemängel, Vernachlässigung und Misshandlung von Seniorinnen und Senioren nicht ab. Der Grund sind Kostensenkungen, zu

wenig Personal und miese Arbeitsbedingungen. In einem Heim im Pariser Vorort Neuilly-sur-Seine lagen Bewohnerinnen und Bewohner stundenlang im eigenen Urin, manche hatten Symptome von Unterernährung und Dehydrierung. Das Orpea-Management tat solche Vorkommnisse jeweils als Einzelfälle ab. Oder schob sie, wenn sie nicht mehr zu leugnen waren, angeblich unfähigen Pflegenden in die Schuhe.

### SCHWEIGEGLIED

Orpea wollte alles unter dem Deckel halten. Sogar mit Bestechung: Autor Castanet sollte 15 Millionen Euro erhalten, falls er sein Buch nicht publiziere. Doch der Journalist blieb standhaft. Im Februar löste er mit seinen Enthüllungen eine riesige Diskussion aus. Auch im Wahlkampf: Linkskandidat Jean-Luc Mélenchon versprach im

### Orpea kämpfte verhasst gegen die Gewerkschaften.

Fall seiner Wahl die Entzignung der Pflegekonzerne. Selbst die Regierung Macron, die sonst Privatisierungen nach Kräften fördert, musste handeln. Sie leitete Untersuchungen gegen Orpea ein. Eine Parlamentskommission zitierte Konzernchef Philippe Charrier. Doch der blieb viele Antworten schuldig. Die zuständige Ministerin Brigitte Bourguignon, eine zur Macron-Partei übergetretene Sozialistin, prangerte den «putren Zynismus» der Orpea-Manager an.

Jetzt befasst sich die Justiz mit Orpea. Dies aufgrund von mehreren Strafklagen. Zahlreiche Familien werfen dem Konzern Misshandlungen und unterlassene Hilfe, teils mit Todesfolge, vor. Nahezu 50 Prozent der Covid-Toten lebten in Alters- und Pflegeheimen. Starben sie auch an Alkoholvergiftung? Zwei Hilfspflegerinnen klagen gegen Orpea, weil sie der Konzern als Festangestellte statt als Temporäre ausgegeben habe, um so im Heim die Mindestnormen an Pflegepersonal zu umgehen. Auch die drei Gewerkschaften CGT, CFTD und FO ziehen den Konzern vor Gericht: Er hintertreibe mit gesetzwidrigen Methoden die gewerkschaftliche Organisation.

Orpea kämpfte verhasst gegen die Gewerkschaften. So entliessen die Manager gezielt gewerkschaftsnahe Mitarbeitende oder mobbten sie weg. Es gibt Vorwürfe wegen manipulierter Wahlen in die Betriebskommissionen. Um die Gewerkschaften auszubremsen, installierte Orpea zudem einen braven, hauseigenen Personalverband. Er hört auf den schönfärbischen Namen «Regenbogen». Die Mitglieder werden mit Privilegien im Betrieb und tiefen Beiträgen geködert. Orpea liess sogar Mitarbeitende durch Pri-

### Orpea in der Schweiz: 37 Senevita-Heime

1989 vom geschäftstüchtigen Psychiater Jean-Claude Marian gegründet, stieg Orpea innert kurzer Zeit zu Europas grösstem Betreiber von Alters- und Pflegeheimen sowie Seniorenresidenzen auf. Gründer Marian zählt zu den reichsten Franzosen. Orpea führt fast 1200 Heime mit über 116 000 Betten in 23 Ländern mit gegen 70 000 Beschäftigten. Grösste Aktionäre sind ein kanadischer Pensionsfonds sowie die Familie Peugeot.

**ABKOMMEN.** In der Schweiz gehören die 37 Senevita-Altersheime zur Orpea-Gruppe. Das neue Abkommen (siehe Spalte ganz rechts) sieht vor, dass Gewerkschaften und Orpea in jedem Land die strittigen Fragen klären. In einem zweiten Schritt sollen auch die Anstellungsbedingungen und damit die Löhne «mit Kollektivverhandlungen festgelegt» werden. Für Samuel Burri, Co-Leiter Pflege bei der Unia, ist klar: «Jetzt gilt es, dieses Abkommen in die Tat umzusetzen.» (che)

vatdetektive ausspionieren, um Verbindungen zu den Gewerkschaften herauszufinden. Im Jahr 2015 versuchte der Konzern sogar, die Gewerkschaft CGT zu kaufen, vergeblich. Man bot ihr einen Geheimdeal mit einigen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen an.

### GELDWÄSCHEREI

Die Pariser Finanzstaatsanwaltschaft hat jetzt Vorermittlungen gegen Orpea wegen des Erwerbs von Pflegeheimen über dubiose Mittelsmänner eingeleitet. Delikte wie Steuerbetrug und Geldwäscherei stehen im Raum. Orpea agiert wie viele Konzerne, indem Gewinne in Steueroasen verschoben werden, um Steuern zu umgehen. So landen die Staatsbeiträge an die Pflege älterer Menschen plötzlich als Dividenden in den Taschen von Privaten. Das macht den Pflegesektor gerade für FinanzspekulantInnen attraktiv. Gemäss dem Recherche-Netzwerk Investigate Europe tummeln sich bereits über 30 Private-Equity-Firmen («Heuschrecken») im europäischen Pflegemarkt.

Doch in einigen Ländern regt sich jetzt Widerstand. Norwegen will nicht länger zusehen, wie privatisierte Pflegeheime in Profitmaschinen umgewandelt werden. Immer mehr Gemeinden übernehmen die Heime wieder in Eigenregie. Und im österreichischen Burgenland dürfen ab 2024 Seniorenheime nur noch von gemeinnützigen Gesellschaften betrieben werden. Pflege soll wieder vor Profit kommen.

**Anna Bacía (43): Die Physiotherapeutin, welche die Gewerkschaftshasser des internationalen Pflegekonzerns Orpea an den Verhandlungstisch zwang**

# «Jetzt sind die Chefs nett zu mir. Sie haben keine andere Wahl.»

**Einschüchtern und schassen: So wollte der Altersheimkonzern Orpea in Polen die Gewerkschaft bekämpfen. Doch er hatte nicht mit der Physiotherapeutin Anna Bacía gerechnet.**

CHRISTIAN EGG

Vor drei Jahren wurde sie entlassen. Heute hat sie ihren Job zurück. Und ihr Arbeitgeber Orpea zahlt ihr sogar Lohn dafür, dass sie für die Gewerkschaft wirbt. Das ist die Geschichte von Anna Bacía. Der Physiotherapeutin, die die Orpea-Manager das Fürchten lehrte.

Die Geschichte beginnt im Dezember 2018 in einem Vorort von Polens Hauptstadt Warschau, in einem der damals 12 polnischen Altersheime des Pflegekonzerns. Pflegenden, Physiotherapeuten und Köchinnen haben genug von den schlechten Löhnen, die immer noch weiter sinken, und von der ständigen Unsicherheit. Wie die Mehrheit der rund 1000 Orpea-Mitarbeitenden in Polen haben sie keinen Arbeitsvertrag, sondern sind «freiberuflich» tätig. Und damit

### «Orpea hat nicht damit gerechnet, dass ich mich wehre.»

ANNA BACÍA, PHYSIOTHERAPEUTIN

der Willkür des Heimleiters ausgeliefert. Physiotherapeutin Bacía erklärt: «Unser Lohn war nicht schriftlich festgelegt, sondern abhängig von einem Bonus. So wussten wir nie, wie viel wir im nächsten Monat bekommen.» Sie beschliesst, eine Gewerkschaft der Orpea-Mitarbeitenden zu gründen, um zusammen für faire Löhne zu kämpfen.

### VERHÖR IN DER ORPEA-ZENTRALE

Doch Orpea will das Vorhaben im Keim ersticken: Noch bevor die Gewerkschaft offiziell gegründet ist, entlässt das Management eine Pflegerin, die sich besonders engagiert hatte. Ihre Nachfolgerin, die in der Küche arbeitete, wurde massiv bedroht, wie Anna Bacía berichtet: «Sie wurde am Anfang ihrer Schicht abgeholt und zur Orpea-Zentrale gefahren. Dort haben fünf oder sechs Leute sie regelrecht verhört, wie sie mir nachher sagte.» Auch sei ihr gedroht worden, ihre Arbeitsstunden zu kürzen. Die Taktik geht auf: Die Köchin tritt als Gewerkschaftsvertreterin zurück.

Zum dritten Mal in weniger als drei Monaten muss die Orpea-Gewerkschaft eine neue Vertreterin bestimmen. Anna Bacía sagt: «Ich mache das.» Gezögert habe sie nicht, sagt die 43jährige gegenüber work: «Ich war begeistert von der Idee einer Orpea-Gewerkschaft und bin es heute noch. Alle sollen die Chance auf ein besseres Leben haben.»

Doch am 8. April 2019 wird auch sie geschasst. Das Management konstruiert einen Mobbings-Vorwurf, um sie los zu werden. Zu dem Zeitpunkt ist Bacía frisch geschieden mit zwei kleinen Kindern: «Das wussten sie natürlich. Wie haben nicht damit gerechnet, dass ich mich wehre.»

### LÜGEN VOR GERICHT

Tut sie aber. Verteilt zusammen mit Kolleginnen Flugblätter vor anderen Orpea-Heimen und organisiert Protestbriefe. Als das nichts nützt, geht sie vor Gericht. Unterstützt von der polnischen Gewerkschaft «Konfederacja Pracy» (Konföderation der Arbeit), der sich die Orpea-Gewerkschaft angeschlossen hat. Da bietet Orpea ihr umgerechnet 7000 Franken, wenn sie die Klage zurückziehe. Bacía lehnt ab.

Für den Prozess ruft Orpea viele Zeugen auf, um den Mobbings-Vorwurf zu untermauern. Doch die hätten sich in Widersprüche verstrickt, sagt Physiotherapeutin Bacía: «Die Richterinnen merkte, dass sie logen.» Zwei Jahre nach ihrer Entlassung gewinnt sie den Prozess. Und wie: Orpea zahlt ihr den vollen Lohn für diese Zeit nach und wird vom Gericht dazu verknurrt, sie wieder einzustellen.

Zwar arbeitet sie heute in einem anderen Orpea-Heim, etwa 20 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt. Doch das sei gut so, sagt sie schelmisch: «Als ich vor einem Jahr dort anfangen wollte, kannten die Leute die Gewerkschaft noch nicht. Heute haben wir schon 20 Mitglieder, fast die Hälfte der Belegschaft.»

### AM SCHLUSS WAR'S EINFACH

Nach dem Sieg vor Gericht kämpfen Bacía und die Gewerkschaft weiter. In zwei weiteren Prozessen setzen sie durch, dass sie jetzt die polnischen Orpea-Mitarbeitenden offiziell vertreten. Und im Februar dieses Jahres unterzeichnen sie mit Orpea einen Vertrag, der die Rechte der Gewerkschaft verbindlich festlegt. Dieser Vertrag ebnet den Weg für ein weltweites Abkommen, das die Dachgewerkschaft Uni Global soeben mit Orpea abgeschlossen hat (siehe Spalte ganz rechts). Unterzeichnet wurde es am 8. April 2022. Auf den Tag genau drei Jahre nachdem Anna Bacía entlassen worden war.

In drei Jahren von der Repression zu vertraglich garantierten Rechten. Und das beim Orpea-Konzern, der für den Profit buchstäblich über Leichen geht (siehe Artikel links). Auf die Frage, wie sie das geschafft habe, sagt Anna Bacía: «Am Schluss war es gar nicht mehr so schwer. Die Orpea-Chefs haben eingesehen, dass sie für meine Entlassung einen zu hohen Preis bezahlt haben.» Denn im Kampf um ihre Profite in der

Alterspflege sei Orpea ein guter Ruf enorm wichtig, und der habe gelitten. Weltweit, aber auch in Polen, wo ihre Geschichte einige Wellen geworfen hat. Bacía lacht und sagt: «Jetzt sind die Chefs nett zu mir. Sie haben keine andere Wahl.»

So kommt es auch, dass Anna Bacía heute ganz offiziell pro Monat 28 Stunden ihrer Arbeitszeit für Gewerkschaftsarbeit verwenden darf. Etwa, um in anderen Heimen für die Gewerkschaft zu werben. Als sie dies nach ihrer Entlassung getan habe, hätten die Heimleiter jeweils die Polizei gerufen. «Heute bezahlt mich Orpea dafür.»



### WELTWEITES ORPEA-ABKOMMEN

### SIEG FÜR DIE GEWERKSCHAFT

«Orpea anerkennt die wichtige Rolle der Gewerkschaften in der Interessensvertretung der Mitarbeitenden.» So steht es am Anfang des neuen Abkommens, das der Gesundheitskonzern Orpea mit der internationalen Dachgewerkschaft Uni Global geschlossen hat. Adrian Durt-schi, Verantwortlicher Pflege bei Uni Global, sass auch am Verhandlungstisch. Er erinnert sich: «Nachdem wir dreimal hintereinander vor Gericht gewonnen hatten, sagten wir dem Orpea-Management: Wir können auf diesem Weg weiterfahren. Oder wir können reden.» Reden, sagten die Konzernchefs.

### FORTSCHRITTE.

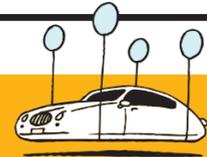
Das Ergebnis ist ein 12 Seiten dicker Vertrag, verbindlich für alle Orpea-Gesellschaften weltweit. Zu den Heimen haben Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften freien Zugang. Sie dürfen ihre Organisation an Veranstaltungen für neue Mitarbeitende vorstellen. Gewerkschaftsmitglieder müssen keinerlei Nachteile befürchten, und Orpea wird ihre Kader schulen, «in der Frage der gewerkschaftlichen Organisation neutral zu bleiben». Orpea finanziert zudem ein jährliches Treffen von Arbeitnehmervertretern «aus allen Bereichen des Unternehmens». (che)

### Pflege-Demos am 12. Mai: Taten statt Worte!

Nach dem Applaus kam der Abstimmungssieg. Im letzten November sagten 61 Prozent und fast alle Kantone Ja zur Pflegeinitiative. Und damit zu besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege, zu einer angemessenen Finanzierung der Pflegeleistungen und mehr Ausbildung. Doch der Bundesrat spielt bei den ersten zwei Aufträgen der Stimmenden auf Zeit.

Nicht mit uns, sagen jetzt die Pflegenden. Am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflege, gehen sie auf die Strasse. In neun Städten organisiert die Unia zusammen mit anderen Gewerkschaften und Verbänden Aktionen, um Bundesrat und Parlament endlich Beine zu machen. Denn die Zeit drängt. Unia-Mann Samuel Burri: «Während die Politik zögert, verlassen zu viele weitere Pflegenden den Beruf. Das darf so nicht weitergehen!» Infos zu den Aktionen gibt's unter [www.unia.ch/pflege](http://www.unia.ch/pflege).

**ANNA BACÍA: «Schönes Wochenende, Orpea! Ich bin zurück an der Arbeit!» In einem Brief teilt die Physiotherapeutin Orpea ihre Bereitschaft zum Wiedereinstieg mit.** FOTO: ZVG



# Ganz ehrlich: Wer von uns möchte nicht mit einem solchen heissen Elektro-Schlitten nach Rom fahren?

**Mercedes ist nichts für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen. Und auch nichts für Mobility und Carsharing. Aber vielleicht zeigt ihr neues Sparmobil auf, wohin die Elektroauto-Reise geht.**

In den Städten werden die Autos Schritt für Schritt verschwinden. Auf dem Land nicht so schnell. Hier stehen nächstens die Elektroautos vor der Haustüre. Diese sind dank immer umweltfreundlicheren und billigeren Batterien ökologischer als Verbrenner. Und hoffentlich kommen relativ kurz darauf die sich selbst steuernden elektrifizierten Untersätze.

Wenn in der Schweiz alle Autos, Lieferwagen und Lastwagen elektrisch angetrieben unterwegs wären, bräuchten wir 17 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom als heute. Davon 8,5 Milliarden mehr Winterstrom – und auf den kommt es an.

Wir können diesen Strom kostengünstig in den Alpen produzieren. Erst recht, weil bifaziale solare Freiflächen 55 Prozent des Stroms im Winter produzieren. Das schreibt auf Facebook Photovoltaik-Professor Urs Muntwyler, der Vater der Solarenergie, über das Walliser Projekt «Grenziols Solar»: «Prima Projekt. 5 bis 10 davon, und das Thema «PV-Winterstrom» ist erledigt.» Warum? Weil hochalpine Solarfelder 55 Prozent des Stroms im Winter liefern.

10 Solaranlagen wie «Grenziols Solar» würden genügen, wenn wir die Effizienz steigern. Wie immer stellt sich die Frage: Wollen wir verzichten,

oder reicht es, wenn wir als Gesellschaft massiv effizienter werden?

**INNOVATIONEN.** Wenn wir das Wort Mercedes hören, stellen sich bei vielen von uns die Nackenhaare auf. Weil Mercedes seine Produktion auf die Herstellung von Autos für die Reichen, für die Superreichen und für die Stinkreichen konzentriert. Denn hier sind die Margen am höchsten. Mercedes gewinnt mit den Gewinnern einer immer ungerechter werdenden Welt. Trotzdem: Mercedes hat einen mega-schönen Elektroschlitten vorgestellt, der auf 100 Kilometern nur 8,7 Kilowattstunden Strom verbraucht. Mit einer Batterie von nur 100 Kilowattstunden kommt man so mehr als 1100 Kilometer weit.

Die Ingenieurinnen und Ingenieure aus Schwaben haben an vielen Stellschrauben des technischen Fortschritts gedreht. Die Batterien müssen nicht gekühlt werden. Die Elektromotoren arbeiten mit weniger Verlusten. Und den Luftwiderstand haben sie massiv gesenkt. Das Resultat: Der Stromverbrauch wurde – verglichen mit einem Tesla 3 oder einem VW4.iD – praktisch halbiert.

**MACHBAR.** Viele werden sich die Frage stellen: Wer kann sich schon so einen



**FAHRZEUG DER ZUKUNFT: Das neue Elektroauto von Mercedes ist nicht nur schnittig, sondern auch sparsam. Und bald auch bezahlbar, wenn die Politik endlich vorwärtsmacht.** FOTO: MERCEDES-BENZ

sparsamen Schlitten leisten? Erinnern wir uns: Lange Zeit waren energiesparende und leicht zu steuernde Induktionsherde in der Küche der letzte Schrei – und deshalb enorm teuer. Heute bekommen wir diese bei Aldi und Lidl halb gratis.

So wird es auch mit den Innovationen von Mercedes gehen. Bald einmal finden wir diese in jedem Škoda. Und die Politik hat zudem die Möglichkeit, diese Entwicklung zu lenken und zu beschleunigen: Mit finanziellen Anreizen. Oder mit Geboten und Verboten.

Beides funktioniert, richtig konzipiert, nachweislich bestens. Das Ziel: Alle sollen möglichst schnell auf Elektroautos umstellen, die nicht mehr als 10 Kilowattstunden Strom verbrauchen. Voraussetzung: Es wird richtig gemessen!

Wenn wir das wollen, ist das machbar. Und würde neu den Stromverbrauch des elektrifizierten Individualverkehrs faktisch halbieren. Nur zwei Solarpanels im Saflischtal würden ausreichen, um pro Jahr 20000 Kilometer weit fahren zu können.

**LINKS ZUM THEMA:**

● [rebrand.ly/gigafactory](https://rebrand.ly/gigafactory)  
Die Herstellung heutiger Batterien, wie sie Mercedes verwendet, braucht zu viele Rohstoffe wie Kobalt und Lithium. Ab 2024 soll im Thurgau die Gigafactory Swiss Clean Battery mit 1000 Beschäftigten Feststoffbatterien produzieren. Die Vorteile: weniger Gewicht, fast unbegrenzte Lebensdauer, nur halb so viel Rohstoffverbrauch. Die Fabrik will pro Jahr Batterien produzieren, die 7,6 Millionen Kilowattstunden speichern können.

● [rebrand.ly/swisscleanbattery](https://rebrand.ly/swisscleanbattery)  
Kennen Sie die Tüüfner Post? Wohl kaum. Obwohl sich hier ein spannendes Interview mit Swiss-Clean-Battery-COO Thomas Lützenrath findet. Motto: «Speichern kostet kein Geld. Speichern bringt Geld.» Die Expertinnen und Experten sind skeptisch. Wir drücken trotzdem die Daumen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT



**Bei uns haben jene eine Stimme, über die andere nur reden.**

**work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.**

**work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.**

**+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) +++**



NOVALTIA-MITARBEITENDE IM STREIK: «Ein Paracetamol ist mehr wert als ein Mitarbeiter», steht auf dem Schild links, und rechts: «Novaltia will nicht verhandeln».

Spanien: Tausend Tage Streik bei Apotheken-Zulieferer Novaltia

# Himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt

Seit fast drei Jahren befinden sich die Mitarbeitenden der Pharma-Logistikfirma Novaltia im baskischen Bilbao im Streik. Jetzt gibt ihnen ein Gerichtsurteil neue Hoffnung auf Erfolg.

RALF STRECK\*, BILBAO

Ein lauer Frühlingswind weht durch Bilbao, doch über dem Atlantik kündigen dunkle Wolken erneut Regen an. Trotzdem versammeln sich die Novaltia-Beschäftigten zur Mahnwache im Zentrum der baskischen Metropole. Die 20 Streikenden entrollen am

**«Der Streik ist kein Zuckerschlecken.»**

GEWERKSCHAFTERIN HELKA FERNÁNDEZ

Mittag auf dem zentralen «Bibilabla-Platz» ein Transparent: «Novaltia-Beschäftigte im Kampf für einen Firmenvertrag. Stop prekäre Arbeitsbedingungen», ist darauf zu lesen. Seit mehr als 1000 Tagen protestieren sie jeden Freitag auf dem «Runden Platz». Seit fast drei Jahren trotzen sie auch dem launischen baskischen Wetter, auch in täglichen Protesten vor Apotheken.

**DOPPELTE LOHNSKALA**

Im Juli 2019 traten drei Viertel der Beschäftigten in der Produktion in der Novaltia-Filiale in der baskischen Provinz Biskaya in den Streik. Darunter auch die 30jährige Helka Fernández. Sie sagt: «Ich dachte, das geht nur ein paar Tage.» Ihre Gewerkschaft, die «Baskische Arbeitersolidarität» (ELA), hatte aber gewarnt, sich besser «auf einen langen Kampf» einzustellen. Denn mehr als zwei Jahre mussten Mitarbeitende des deutschen Schleifmittelherstellers Pferd-Rüggelberg hier streiken, um willkürliche Kündigungen rückgängig zu machen. Der Novaltia-Streik stellt aber diesen bisherigen Streikrekord in den Schatten.



«ARBEITENDE IM KAMPF»: Lagerchef Ibai Carranza und Verpackerin Helka Fernández in Bilbao. FOTO: RALF STRECK

Offiziell ist Novaltia eine Kooperative, ein Zusammenschluss von Apotheken, die sich von Novaltia beliefern lassen. In Biskaya sind es etwa 200 Apotheken. Aber Novaltia hat als Firma auch Mitarbeitende, die nicht der Kooperative angehören. Für sie hat Fernández im Lager bis zum Streikbeginn für 927 Euro im Monat Bestellungen zusammengestellt. «Dafür sollte ich sogar noch am Wochenende antreten, auch noch ohne Zuschläge», erklärt die junge Frau empört. Eigentlich gefällt ihr die Arbeit, aber von diesem Lohn kann sie im teuren Bilbao nicht leben, an Kinder sei nicht zu denken.

Auch Lagerchef Ibai Carranza streikt. Obwohl der 36jährige vergleichsweise gute Lohnbedingungen hat. Er erklärt, die Arbeitsverhältnisse seien mit der Finanzkrise ab 2008 immer prekärer geworden, Carranza, der für die ELA-Gewerkschaft im Betriebsrat sitzt, will einen würdigen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) erkämpfen. Das zentrale Streikziel sei aber, die doppelte Lohnskala abzuschaffen, erklärt Fernández.

Als in der Finanzkrise angeblich das Damoklesschwert einer Schliessung über Novaltia hing, stimmte eine Belegschaftsmehrheit Lohneinschnitten von bis zu 30 Prozent zu. Im Gegenzug musste ein guter Teil, der damals kurz vor der Pensionierung stand, keine Rentennachteile hinnehmen. Akzeptiert wurde damit auch ein «Zweiklassensystem», erklärt Carranza: «Neue Beschäftigte erhalten seither viel weniger Lohn für die gleiche Arbeit.» Statt

einen Kompromiss zu suchen, zog Novaltia die Schrauben in GAV-Verhandlungen 2018 noch stärker an. Sie wechselte einseitig zu dem noch schlechteren spanischen GAV. Gewerkschafter Carranza ist überzeugt: «Das brachte das Fass zum Überlaufen.»

**REINE SCHIKANE**

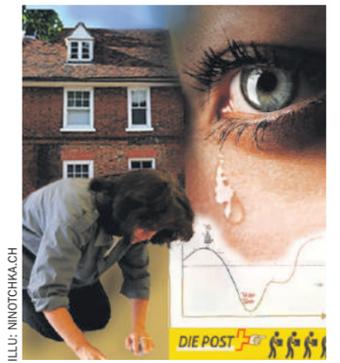
Der Streik sei kein Zuckerschlecken, sagt Gewerkschafterin Fernández: «Von wegen nicht arbeiten, aber weiter Lohn aus der ELA-Streikkasse zu erhalten. Ich kann oft nicht schlafen, habe auch Depressionen.» Einige Kolleginnen und Kollegen hätten den Druck nicht ausgehalten und die Stelle gewechselt. An manchen Tagen könne sie aber «himmelhoch jauchzend und jubelnd in die Luft» springen. Zum Beispiel, als vergangene Woche der Oberste Gerichtshof die Verlegung von 14 Streikenden in eine stillgelegte Novaltia-Anlage annulliert hat. Für Gewerkschafter Carranza sind die Verlegungen reine «Schikane» und das «Vorspiel für Kündigungen».

Die Streikenden hoffen auf weitere positive Urteile in hängigen Klagen. Denn über Streikbrecher hebt Novaltia das Streikrecht aus. «Wie sonst ist es möglich, die Lieferungen aufrechtzuerhalten?» fragt Carranza. Eine Stellungnahme war von Novaltia dazu nicht zu erhalten. Hoffnung machen den Streikenden auch andere erfolgreiche Streiks: Wie etwa die 13 Reinigerinnen, die im nahen Guggenheim-Museum an 285 Streiktagen gerade eine Lohnerhöhung um 20 Prozent und deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen erkämpft haben.

Ohne solche Erfolge und die ELA-Unterstützung hätten sie niemals so lange durchgehalten, sind Carranza und Fernández überzeugt.

**ELA: «Baskische Arbeitersolidarität»**

Die ELA, 1911 von Christdemokraten gegründet, rückte mit der Franco-Diktatur, in der auch sie verboten war, immer weiter nach links. Sie ist eine starke Gewerkschaft im Baskenland und verdrängt immer mehr die spanischen Gewerkschaften und macht auch der linksradikalen LAB das Feld streitig. Sie stellt mehr als 40 Prozent aller Betriebsratsmitglieder. Die Langzeitstreiks finanziert die ELA mit höheren Mitgliederbeiträgen, als sie die grossen spanischen Gewerkschaften erheben. (rs)



**Die Briefträgerin & das Tränenal**

Zum Krieg und anderen, weltweiten Schrecken hinzu kam eine Katastrophe in der Briefträgerin kleinem Leben: die Wohnungskündigung. Binnen dreier Monate soll sie aus dem Häuschen,



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

in dem sie mehr als zwanzig Jahre lebte, verschwinden. Mit einer dubiosen Eigenbedarfsbeurteilung. Auf den Schock folgten Angst, Trauer, Wut und Zorn. Und die Erinnerung an das Schema vom Tal der Tränen, bei der ihr jetzt wie damals, als es auf der Post vorgeführt wurde, Ärger hochkam. Titel: «Die Veränderungen». In ihrer Anfangszeit bei der Post vor vierzehn Jahren, so

**«Keine Trauer ist gleich wie die andere, kein Zorn ist wie ein zweiter.»**

kommt es der Briefträgerin vor, waren Themen wie «Neuerungen», «Tempotempo», «Zeit ist Geld und ein Schwatz liegt nicht drin» Dauerbrenner. Ist das heute weniger der Fall, weil die Mitarbeitenden diese Vorgaben inzwischen verinnerlicht haben?

**DAS TAL DER TRÄNEN.** Die Briefträgerin sieht nicht mehr jede Etappe dieser Berg- oder richtiger Taltour vor sich, erinnert sich aber: Einer Angestellten wird eine Veränderung zugemutet. Erste Reaktion: Sie wird bockig. Dann kommt der Absturz ins Tal der Tränen, wo wohl ein aufnahmebereites Bächlein fliesst. Wenn genug geheult ist, erfolgt der Aufstieg. Kraxeln, um schliesslich im Zimmer der Akzeptanz anzukommen, sich dort häuslich einzurichten und gottergeben auf den nächsten Chlapf zu warten. Er kommt bestimmt, denn das Leben ist Veränderung und Mitbestimmung ein Fremdwort. Ja, am meisten missfiel der Briefträgerin an diesem Schema: Die Person, das Individuum mit seinem Willen und seiner Kompetenz, verschwindet dahinter. Keine Trauer ist gleich wie die andere, kein Zorn ist wie ein zweiter. Kein Ereignis bedeutet für alle das gleiche. Trotzdem wird alles über einen Leisten geschlagen.

Vierzehn Tage ging die Briefträgerin nun auf allen vieren. Dann fand sie zurück zum aufrechten Gang. Und wehrt sich! Für ihre Rechte und gegen den Machtmissbrauch. Sie hat nun Pläne, wie es weitergehen könnte. Selber erfundene Ideen! Kein Zimmer der Akzeptanz! Dann noch lieber die Notschlafstelle! – Die Solidarität ringsum ist gross. Und tut gut!

\* Ralf Streck ist Journalist, lebt seit über 20 Jahren im Baskenland und berichtet über linke Unabhängigkeitsbewegungen.

**Arbeitslos I: Wie lange werde ich vor der Pensionierung unterstützt?**

Ich war über 20 Jahre lang als Betriebsmitarbeiter in der Industrie tätig. Nun habe ich aus wirtschaftlichen Gründen die Kündigung erhalten und werde mit 58 Jahren arbeitslos. Ich möchte mich nicht frühzeitig pensionieren lassen, befürchte aber, keinen neuen Job zu finden. Wie lange werde ich von der Arbeitslosenkasse unterstützt?

**NATASA JEVDENIC:** Die Rahmenfrist für den Leistungsbezug dauert ab dem ersten Tag, für den sämtliche Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, regulär zwei Jahre. Da Sie in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosigkeit durchgehend angestellt waren und das 55. Altersjahr zurückgelegt haben, besteht ein Anspruch auf höchstens 520 Taggelder. Diese können während der zweijährigen Rahmenfrist bezogen werden. Personen, die innerhalb der letzten vier Jahre vor Erreichen des AHV-Rentenalters arbeitslos



**KÜNDIGUNG:** Auch ältere Arbeitslose unterstützt die ALK für 2 Jahre. FOTO: ADOBE

werden (Frauen ab 60, Männer ab 61), erhalten eine Rahmenfrist für den Leistungsbezug bis zur ordentlichen AHV-Rente. Zudem haben sie Anspruch auf zusätzliche 120 Taggelder. Nachdem die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft worden sind, können Personen, die mindestens 60 Jahre alt sind, unter Umständen auch «Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose» beziehen. Weitere Informationen zu den Voraussetzungen und ihrer Höhe finden Sie im Merkblatt der Informationsstelle AHV 5.03 – Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose.

**Arbeitslos II: Habe ich Anrecht auf Betreuungsurlaub?**

Seit Sommer 2021 bin ich arbeitslos und auf dem RAV angemeldet. Vor kurzem wurde bei meiner achtjährigen Tochter eine schwere Krankheit diagnostiziert. Es stehen schwere Operationen an. Deshalb muss ich mich ein paar Wochen lang um sie kümmern. Währenddessen werde ich keine Arbeitsstelle suchen oder antreten können. Trotzdem bin ich leider weiterhin finanziell von der Arbeitslosenentschädigung abhängig. Wie lange könnte ich bezahlte Ferien haben?

**NATASA JEVDENIC:** Während der Betreuung Ihrer Tochter müssten Sie aus Sicht der Arbeitslosenversicherungen von der Vermittlungsfähigkeit befreit werden. Für besondere Familienereignisse ist im Arbeitslosenversicherungsgesetz eine Befreiung während höchstens 3 Tagen vorgesehen. Nach je 60 Tagen kontrollierter Arbeitslosigkeit besteht zudem ein Anspruch auf 5 aufeinanderfolgende freie Tage. Seit dem 1. Juli 2021 haben Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit für die Betreuung ihres gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindes unterbrechen, zudem Anspruch auf einen Betreuungsurlaub von maximal vierzehn Wochen, während dessen eine Erwerbsersatzentschädigung (EO) entrichtet wird. Auch bei der Arbeitslosenversicherung angemeldete Personen haben Anspruch auf diese Leistungen. Ein Bezug von Betreuungsurlaub ist 14 Tage im voraus beim RAV zu beantragen. Weitere Informationen erhalten Sie auf Anfrage beim RAV oder finden Sie im Merkblatt der Informationsstelle AHV 6.10 – Betreuungsentschädigung.

Familienergänzende Betreuung: Plätze in der Kindertagesstätte sind begehrt

**Wo, bitte, geht's zum besten Kita-Platz?**

Das erste Kind! Sie freuen sich darauf. Nach der Geburt wollen Sie bald wieder arbeiten und benötigen ein Betreuungsangebot. Was Sie über Kitas wissen müssen, wie Sie den richtigen Platz finden und was er Sie kosten wird.

MARTIN JAKOB

Für manche Eltern ist die Betreuungsfrage rasch gelöst. Jemand aus der Verwandtschaft – meist die Grosseltern – kümmert sich ums Kind, wenn beide Eltern an der Arbeit sind. Oder es gelingt ein Deal mit Freunden: Wechselseitig kümmert sich die eine Familie auch um die Kinder der anderen Familie. Rund ein Drittel aller Kinder von 0 bis 3 Jahren jedoch besuchen eine Kindertagesstätte. Dabei beträgt die durchschnittliche Betreuungszeit 21 Stunden pro Woche, also rund zwei Tage.

**ZU WENIG KITA-PLÄTZE?**

Das kommt drauf an, wo Sie wohnen. Gesamtschweizerisch stehen etwa 100 000 Kita-Plätze zur Verfügung, mehr als doppelt so viele wie vor 20 Jahren. Dennoch ist die Lage in manchen Regionen angespannt. Gemäss Bundesamt für Statistik begründen immer noch 3 Prozent der Eltern, die keine professionelle Kinderbetreuung in Anspruch nehmen, ihren Verzicht damit, dass sie keinen Platz gefunden hätten (und 11 Prozent von ihnen sagen, Kitas seien für sie zu teuer). Faustregel: Je weiter im Osten der Schweiz und je ländlicher Ihr Wohnort liegt, desto eher sind Kita-Plätze noch immer knapp. Klären Sie deshalb die Situation vor Ort beizeiten.

**SIND ALLE KITAS GUTE KITAS?**

Zumindest haben alle eine Betriebsbewilligung. Die ist nämlich vorgeschrieben. Zuständig dafür sind die Kantone. Verlangt wird ein pädagogisches Konzept, und es gelten Mindestanforderungen für die Ausbildung des Personals. Hinzu kommt ein Betreuungsschlüssel, der festlegt, wie viele Kinder eine Fachperson gleichzeitig betreuen darf. Ausserdem gibt's Vorschriften zum Raumprogramm: Nettospielfläche pro Kind, Hygienräume,



**WORKTIPP**

**DIE ALTERNATIVE: TAGESFAMILIE**

Aufenthalt im familiären Rahmen, eine feste Bezugsperson statt wechselnder Betreuungspersonen, tiefere Kosten – das sind einige Gründe, weshalb die Tagesfamilie eine prüfungswürdige Alternative zur Kita sein kann. Meist sind Tageseltern in einem Verein organisiert und werden über diesen vermittelt und entlohnt. Üblich sind Stundensätze um die 8 Franken. Auch bei Tagesfamilien beteiligt sich der Staat je nach Kanton und Gemeinde an den Kosten. Basisinfos: [rebrand.ly/tagesfamilie](http://rebrand.ly/tagesfamilie)

Brandschutz und ähnliches. Doch ist die einmal erteilte Betriebsbewilligung keine dauerhafte Qualitätsgarantie. Die Kantone haben zwar eine Aufsichtspflicht, nehmen diese aber unterschiedlich wahr. Häufigste Kritikpunkte sind die Personalsituation und Betreuungsmängel. Der Verband Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse) vergibt an Kitas, die einem ganzen

**KINDER, KINDER: Klar braucht's Kitas. Ob sich ein Platz findet und wie teuer er für die Eltern wird, hängt noch zu stark von den Kantonen und Gemeinden ab.** FOTO: GETTY

Katalog von Ansprüchen genügen, das Zertifikat QualiKita. Nützlich sind auch die Erfahrungen anderer Eltern in Ihrem Bekanntheitskreis und Ihre Eindrücke beim Besuch der Kita und dem Erstgespräch mit der Leitung.

**Je nach Region gibt es immer noch zu wenige Kita-Plätze.**

Danach schwanken die Tarife für die Tagesbetreuung eines Kindes je nach Ort zwischen 80 und 130 Franken. Kanton und/oder Wohnort beteiligen sich zwar abhängig vom elterlichen Einkommen an den Kosten. Die Berechnungsarten und die Höhe der maximalen Beteiligung unterscheiden sich von Kanton zu Kanton und teilweise von Ort zu Ort. Kostet ein Kita-Tag in der Stadt Bern für Eltern, welche die maximale Verbilligung zugute

– und für die Eltern teuer

**Kita-Platz?**



**KINDER, KINDER: Klar braucht's Kitas. Ob sich ein Platz findet und wie teuer er für die Eltern wird, hängt noch zu stark von den Kantonen und Gemeinden ab.** FOTO: GETTY

haben, rund 10 Franken, sind es in Schwyz über 80 Franken. Erkundigen Sie sich bei Ihrer Wohngemeinde nach dem dort geltenden Subventionsmodell und den Bedingungen, die Sie erfüllen müssen, um eine Verbilligung zu erhalten.

**WIE WÄHLE ICH EINE KITA AUS?**

Beginnen Sie früh mit der Suche – am besten schon während der Schwangerschaft. Machen Sie sich zunächst ein Bild über das Angebot in Ihrer Nähe. Nützliche Portale dafür sind [kibesuisse.ch](http://kibesuisse.ch) und [kinderkrippen-online.ch](http://kinderkrippen-online.ch). Auch die Anfrage bei der Wohngemeinde lohnt sich – dabei klären Sie gleichzeitig die Kostenbeteiligung (siehe oben). Können Sie unter mehreren Kitas auswählen, achten Sie auf diese Kriterien: Lage und Erreich-

barkeit, Öffnungszeiten, Kosten, Ausbildungsstand der Mitarbeitenden, Betreuungsschlüssel (Anzahl Kinder pro Fachperson), Einrichtung und Räumlichkeiten? Schauen Sie sich auch das pädagogische Konzept der Kita an und vergleichen Sie seine Ziele mit Ihren eigenen: Stimmen sie gut überein?

Die meisten dieser Punkte können Sie mit einem Besuch auf der Website bereits klären. Und schliesslich besuchen Sie die Kitas, die in Frage kommen, und machen sich vor Ort ein Bild. Finden Sie die Atmosphäre angenehm? Spüren Sie, dass Ihr Kind hier in guter Obhut wäre? Im Gespräch mit der Kita-Leitung wird man Ihnen auch sagen können, wie das Anmeldeverfahren abläuft. Denn auch die administrativen Abläufe sind von Ort zu Ort verschieden.

**KITA-INITIATIVE**

**JETZT UNTERSCHREIBEN!**

In unseren Nachbarländern ist die vorschulische Kinderbetreuung genau wie die Schule Aufgabe der öffentlichen Hand. Geben die OECD-Länder im Durchschnitt 0,8 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) für die Altersgruppe 0 bis 3 Jahre aus, sind es in der Schweiz gerade mal 0,1 Prozent. Denn sie beschränkt sich bisher auf die Anschubfinanzierung für die Schaffung neuer Kita-Plätze durch den Bund (das Programm läuft 2023 aus) und auf Zuschüsse für Familien, die jeder Kanton oder sogar jeder Ort nach eigenem Gusto bemessen kann. Für die Familien resultiert daraus ein knappes Angebot an Plätzen und meist eine hohe finanzielle Belastung.

**MAXIMAL 10 PROZENT.** Ein überparteiliches Komitee hat deshalb im März die Kita-Initiative lanciert. Sie will, dass in der ganzen Schweiz ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen geschaffen wird. Mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen, die der Verantwortung des Betreuungspersonals entsprechen. Und die Eltern sollen maximal 10 Prozent ihres Einkommens für die Betreuung ihrer Kinder zahlen.

**GLEICHSTELLUNGSFRAGE**

Gute und bezahlbare Kinderbetreuung ist wichtig für die Gleichstellung, weil sie einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leistet. Die Initiative entlastet zudem das Budget von Eltern mit tiefen und mittleren Einkommen und verbessert die Arbeitsbedingungen der Kita-Fachpersonen. Bezahlbare Kinderbetreuung in der ganzen Schweiz – es ist höchste Zeit dafür! Hier geht's zur Unterschrift: [rebrand.ly/kitainitiative](http://rebrand.ly/kitainitiative) (jk)

**saldotipp** im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldó».



**EINBRUCHGEFAHR.** Wehren Sie sich gegen Raubzüge auf Ihr IT-System und Ihre Daten. FOTO: ISTOCK

**So schützen Sie sich vor Internetbetrütern**

Gefälschte E-Mails, manipulierte Dokumente, unsichere Programme: Mit zahlreichen Tricks versuchen Betrüger, Zugriff auf fremde Computer und Handys zu bekommen. So können Sie sich wehren:

- Lassen Sie sich nie von einem angeblich dringenden E-Mail zeitlich unter Druck setzen. Misstrauen ist auch am Platz, wenn man in einem Mail auf einen Link klicken sollte.
- In mitgeschickten Dateien kann Software enthalten sein, die sich beim Öffnen auf dem Computer installiert. Besonders beliebt sind Office-Dateien. Es kann nützlich sein, die Datei von der Website [VirusTotal.com](http://VirusTotal.com) scannen zu lassen. In Office-Dateien sollte man Makros deaktivieren (in den Einstellungen unter «Sicherheit»).
- Der im Posteingang angezeigte Absender eines E-Mails lässt sich leicht fälschen. Im Zweifelsfall auf den Absender klicken: Die meisten Mailprogramme zeigen die Adresse an, von der die Nachricht tatsächlich kam.
- Programme sollten immer aktuell gehalten werden. Daher immer alle Sicherheitsupdates installieren.
- Für Windows-Anwender ist eine aktuelle Antivirensoftware Pflicht. Gut und sicher ist der in Windows eingebaute Defender. Mac-, iPhone- und Android-Benutzer brauchen kein zusätzliches Antivirenprogramm.
- Ein Schadprogramm kann Daten löschen oder die ganze Festplatte verschlüsseln. Daher sollte man regelmässig ein Backup auf eine externe Festplatte machen. Die Festplatte nach dem Backup nicht am Computer eingesteckt lassen!
- Verwenden Sie sichere Passwörter. Gut sind Kombinationen aus Buchstaben, Sonderzeichen, Zahlen und schweizerdeutschen Begriffen. MARC MAIR-NACK

**Sicher ist sicher: Machen Sie regelmässig ein Backup!**

**Mit Schuhen das Klima verscholen? Solide Langläufer sind die bessere Wahl**



**GUT UNTERWEGS: Gut eingelaufen, tragen sich Schuhe am bequemsten. Achten Sie auf die Langzeitqualität!** FOTO: GETTY

**Wegwerfschuhe, zu Tiefstlöhnen hergestellt? Da gibt es Schläueres: nachhaltig produzierte Schuhe, die lange halten, sich flicken und aufrischen lassen.**

MARTIN JAKOB

Längst nicht mehr jedes Dorf hat seinen Schuhmacher. Schuhe reparieren: wozu auch! Wo man doch zum Preis von neuen Ledersohlen – nämlich für rund 50 Franken – bei Dosenbach oder über Zalando gleich neue Treter kaufen kann. In modischer Form und meist aus Billigmaterialien hergestellt. Irgendwo in Asien oder Osteuropa, wo die Löhne tief, die Arbeitszeiten lang und die Arbeitsbedingungen mies sind. Mehr als sechs Paar Schuhe konsumieren die Menschen in

der Schweiz pro Jahr, hat die Nichtregierungsorganisation Public Eye errechnet. Aus der Anschaffung für viele Jahre ist ein Wegwerfprodukt geworden. Fair und nachhaltig produzierte Schuhe zu finden ist nicht einfach. Ein hoher Preis allein bietet keine Gewähr, denn auch viele teure Modemarken lassen in Billigländern zu kritischen Bedingungen produzieren und schöpfen einfach umso höhere Gewinne ab. Immer mehr Anbieter schmücken ihre Produkte zwar mit Etiketten wie «fair» und «nachhaltig». Doch zu überprüfen ist das schwer. Lederschuhe sind zwar langlebig – aber wie wurde das Leder gegerbt? Oft kommen Giftstoffe zum Einsatz. Fragen Sie nach. Oder greifen Sie gleich zu einem Schuh aus ve-

**Der ökologische Fussabdruck Ihres Schuhschranks.**

**sind die bessere Wahl**

ganem Leder, wie ihn etwa die Schweizer Firma Sashay produziert. Und kann der Hersteller Produktionsorte und -bedingungen dokumentieren? Seien Sie kritisch beim Kauf!

**GUTE PFLEGE.**

Wählen Sie auf jeden Fall Schuhe, die langlebig und gut reparierbar sind. Und pflegen Sie sie aufmerksam: Einsteigen mit Schuhlöffel, zum Aussteigen immer Schuhbündel lösen, bei Verschmutzung reinigen, von Zeit zu Zeit imprägnieren, in nasse Schuhe Zeitungspapier einlegen und langsam trocknen lassen, abends Schuhspanner benutzen und den Schuhen immer wieder eine mindestens eintägige Tragepause gönnen. Und wenn sie trotzdem mal kaputtgehen: vieles lässt

sich reparieren! Die Schuhmacherwerkstatt ersetzt nicht nur Sohlen und Absätze, sondern repariert auch Nähte, zieht ein neues Fersen- oder Innenfutter ein, ersetzt Klett- und Reissverschlüsse. Und wie finden Sie die nächste Werkstatt? Im Verband «Fuss und Schuh» sind rund 65 Schuhmacherinnen und

**Schaffen Sie sich einen Schuhlöffel und Schuhspanner an.**

Schuhmacher organisiert, die Mitarbeitenden unterstehen schweizweit dem GAV Schuhmacher (Mitgliederliste unter [rebrand.ly/fussundschuh](http://rebrand.ly/fussundschuh)). Ergänzend werfen Sie die Internet-Suchmaschine an. Sind Sie unsicher, ob sich die Reparatur

lohne, berät Sie die Werkstatt und macht einen Kostenvoranschlag.

**SCHUHSAMMLUNG.** Ist Ihnen ein Paar Schuhe verleidet, obwohl es noch taugen würde? Ab damit in die Schuhsammlung, zum Beispiel von Texaid oder Procop. Aber bitte keine Einzelschuhe, keine Skischuhe, Gummistiefel und zerschlissenen Schuhe. Die werfen Sie besser gleich selber weg, weil sie am Schluss sowieso in der Verbrennung landen. Denn Schuhe bestehen meist aus so vielen verschiedenen verklebten und vernähten Materialien, dass eine Sortentrennung mit vernünftigem Aufwand nicht gelingt. Deshalb erst recht: Wenige, aber gute und langlebige Schuhe sind die bessere Wahl.

**HEIKLES SCHUHWERK**

**SNEAKERS PFLEGEN**

Sagen Sie nicht Turnschuh! Das heisst heute Sneakers. Bald alle tragen sie, und für manche sind sie Kult. Meist ist die Sohle weiss, oft auch das Obermaterial. Die Pflege ist deshalb anspruchsvoll. Stark verschmutzte textile Sneakers dürfen Sie auch mal in die Waschmaschine stecken. Für die Sneakers-Auffrischung finden Sie viele Tipps im Internet. Oder Sie schicken die verschmutzten Lieblingsschuhe gleich zum Spezialisten in die Kur: [sneakerscleaner.ch](http://sneakerscleaner.ch) oder [sneaker-clean.ch](http://sneaker-clean.ch).

**Food-Waste: Testen Sie Ihr Wissen Sind Sie ein Ninja?\***

**Der Bund startet einen Aktionsplan zur Halbierung der Lebensmittelverluste. Wie fit sind Sie im Kampf gegen Food-Waste?**

330 Kilo Esswaren pro Person und Jahr landen in der Schweiz im Abfall. Fast ein Kilo pro Tag. In der ganzen Verwertungskette von den Produktionsbetrieben über die Konfektion und den Handel bis zum Haushalt gehen Lebensmittel ungenutzt verloren. Anfang April hat der Bundesrat die Lösung ausgegeben: Reduktion auf die

Halfte bis 2030! Wie sein Plan konkret aussehen wird, ist allerdings noch unklar. Sicher ist: Es soll bei freiwilligen Massnahmen bleiben, auch in der Industrie und im Handel. Da dürfte es wohl etwas dauern, bis Politik und Wirtschaft sich auf griffige Lösungen einigen. Umso wichtiger, dass die privaten Haushalte Food-Waste eindämmen. Immerhin sind sie laut einer ETH-Studie für fast einen Drittel der Lebensmittelabfälle verantwortlich. Sind Sie schon ein Food-Waste-Ninja? Auf der Website [savefood.ch](http://savefood.ch) können Sie Ihr Wissen spielerisch testen. Kennen Sie zum Beispiel den Unterschied zwischen Verbrauchsdatum und Mindesthaltbarkeitsdatum? Hier geht's zum Test: [rebrand.ly/ninjatest](http://rebrand.ly/ninjatest).

\* Ninjas wurden im alten Japan als Kämpfer und Spione eingesetzt. Welche Riten hiesigen Kunochi. Korrekter Titel also, falls Sie weiblich sind: «Sind Sie eine Kunochi?»



**WORKLESERFOTO**



**Frühlingserwachen**

**WANN** 23. März 2022  
**WO** Rapperswil-Jona SG  
**WAS** Japanische Kirschblüten  
**Eingesandt von** R. Looser, Gais AR

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

**1. Mai-Bündel I:** Wann und wo stand «Proletarier aller Länder vereinigt euch!» auf dem Bündel?

- a) 1912 in Bümpliz BE?
- b) 1918 in Bern?
- c) 1947 in Basel?
- d) 1968 in Zürich?

**2. Mai-Bündel II:** Wann und wo stand «Frieden, Aufbau, Sozialismus» auf dem Bündel?

- a) 1917 in Grenchen?
- b) 1918 in Biel?
- c) 1949 in Zürich?
- d) 2002 in St. Gallen?

**3. Mai-Bündel III:** Wann stand «5-Tage-Woche» auf dem Bündel?

- a) 1940?
- b) 1946?
- c) 1958?
- d) 1964?

**4. Mai-Bündel IV:** Wann stand «Arbeit, Freiheit, Frieden» auf dem Bündel?

- a) 1962?
- b) 1976?
- c) 1982?
- d) 2022?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!



Lösungen: ☺ ☹ ☹ ☺

**WORKPOST**



**WORK 7 / 14.4.2022:**  
**AMAZON: RAPPER SMALLS GANZ GROSS**

**So einen brauchen wir in der Schweiz**

Schade, können wir diesen Chris Smalls nicht importieren! Viele Branchen in der Schweiz hätten einen solch coolen Gewerkschafter nötig. Einen, der weiss, wovon er spricht, der die Leute abholt, und einen, der sich nicht einschüchtern lässt.

LEILA SPICHTER, PER MAIL

**Smalls macht Mut**

In diesen düsteren Zeiten machen solche Geschichten Mut. Weil es sich trotz allem lohnt zu kämpfen und weil eine junge Generation von Klassenkämpferinnen und -kämpfern bereitsteht. Chapeau, Smalls!

HANS MINDER, PER MAIL

**WORK 7 / 14.4.2022:**  
**UNSER UMGANG MIT DEM GROSSEN LEID**

**Das Lügengebäude des Krieges**

Die Wahrheit ist im Krieg immer das erste Opfer! Unter diesem Motto rollt zu jedem neuen Krieg seine Berichterstattung an – worauf das Publikum tagtäglich mit immer neuen unumstösslichen «Wahrheiten» und Kommentaren zum Kriegsgeschehen eingedeckt wird, die meist zweifelsfrei die Guten (die Opfer) von den Bösen (den Tätern) zu scheiden wissen: ersteren ist zu glauben, sie sagen immer die Wahrheit, letztere verbreiten immer nur Lügen. Krieg aber, ist er einmal am Wüten, brutalisiert immer auf allen Seiten alles, was brutalisierbar ist, und macht ebenso Opfer zu Tätern und Lügern wie Täter zu Opfern; dass der Angreifer immer zu verurteilen ist, enthebt den Angegriffenen nicht der Verantwortung für seine eigene Brutalisierung. Diese über Jahrtausende Menschheitsgeschichte hin bestens dokumentierte Wahrheit tötet nicht einfach der Krieg, sondern auch eine Berichterstattung, die sich die Parolen der einen oder der anderen kriegführenden Führer mehr oder minder zu eigen macht und damit – gebärde sie sich auch noch so neutral und human – teilhat an der allseitigen Brutalisierung. Und wo sie gleichzeitig auch noch die Lieferung von Kriegsgerät ins Kriegsgebiet unterstützt, als vermöchte der dortigen Brutalisierung alles Brutalisierbaren ausgerechnet deren Fütterung mit ihrem handfestesten Treibstoff den Riegel zu schieben, entpuppt sich die obligate Klage über das Kriegsoffer Wahrheit vollends als blosser Baustein in den allseits sich türmenden Lügengebäuden des Krieges.

BENJAMIN KRADOLFER, PER MAIL

**WORK 7 / 14.4.2022:**  
**«WIR MÜSSEN RAUS AUS DEM HAMSTERRAD!»**

**Es ist höchste Zeit, weniger zu arbeiten**

Ich denke, nach 30 Jahren Stillstand ist jetzt wirklich der Moment gekommen, wo es vorwärtsgehen muss bei den Wochenarbeitsstunden. Es kann doch nicht sein, dass wir immer mehr arbeiten, aber nur die Manager immer mehr verdienen. Und gerade für Frauen wäre es eine riesige

Erleichterung, nicht mehr täglich den Stress von Job und Familie erleben zu müssen. Und wenn's dem Klima hilft, umso besser!

MARIANNE FISCHER, PER MAIL

**WORK 7 / 14.4.2022:**  
**WENN DIE CHEFINNEN SELBER PUTZEN**

**Sehr interessantes Projekt**

Das Projekt dieser autonomen Reinigerinnen finde ich sehr spannend. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, an meinem Wohnort eine solche Plattform zu gründen. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob es hier auch so viele interessierte Haushalte gäbe wie in Zürich.

ALINA NOVAK, PER MAIL

**WORK 6 / 1.4.2022: SIE PUTZEN DIE SCHWEIZ**

**Viel zu wenig Wertschätzung**

Leider wird diese Arbeit viel zu wenig geschätzt und beachtet.

MARKUS STADLER, VIA FACEBOOK

**WORK 7 / 14.4.2022:**  
**FREISPRUCH FÜR UNIA-MANN BLAISE CARRON**

**Immer sofort mit dem Anwalt drohen**

Das ist Wahnsinn! Wofür die Leute nicht alles ihre Anwälte losschicken. Immer heisst's sofort, wir sehen uns vor Gericht. Aber es ist schon gut, lässt sich die Unia da nicht einschüchtern.

ANDREAS WEBER, PER MAIL

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

# Wo, was, wer und wann am Tag der Arbeit Heraus zum 1. Mai!

## KANTON AARGAU

**Aarau, Samstag, 30. April:** 15.40 Uhr, Bahnhofplatz: Besammlung. 16 Uhr: Umzug. 16.30 Uhr: Ansprachen auf dem Aargauerplatz. Moderation: Silvia Dell'Aquila, Grossrätin/Stadträtin SP, Präsidentin Aargauer Gewerkschaftsbund und 1.-Mai-Komitee Aarau. Ansprachen: Rolf Schmid, Präsident Netzwerk Asyl Aargau; Sibel Arslan, Nationalrätin Grüne. Anschliessend bis 20 Uhr, Holzmarkt (Graben): Festwirtschaft, Info- und Marktstände, Musik und Poetry Slam.

**Baden, Sonntag, 1. Mai:** 12.30 Uhr, Bahnhofplatz: Besammlung. 13.50 Uhr: Umzug. 13.00/13.30/13.40/14.50/15.40 Uhr: Ansprachen. Moderation: Mia Jenni, Einwohnerrätin Obersiggenthal, Präsidium 1.-Mai-Komitee Baden. Ansprachen: Steffi Kessler, Stadträtin SP; Ronja Jansen, Präsidentin Juso Schweiz; Lelia Hunziker, Grossrätin SP, Präsidentin VPOD; Vertreter:innen NoFrontex-Referendum; Mia Jenni, Einwohnerrätin Obersiggenthal, Präsidium 1.-Mai-Komitee Baden. Bis 18.30 Uhr: Rahmenprogramm mit Festwirtschaft und Musik.

**Brugg, Sonntag, 1. Mai:** 16.30 Uhr: Beginn Maifeier, Apéro an der Odeon-Bar. 17.00/17.15 Uhr: Ansprachen. Moderation: 1.-Mai-Komitee Brugg. Ansprachen: Barbara Horlacher, Stadtpräsidentin Brugg, Grüne; Elisabeth Burgener-Brogli, Grossratspräsidentin SP. Bis 20 Uhr: Rahmenprogramm.

**Lenzburg, Sonntag, 1. Mai:** 10.00 Uhr, Metzplatz: Beginn Maifeier. 11.00/12.30 Uhr: Ansprachen. Moderation: Gabi Lauper-Richner, Grossrätin SP, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg. Ansprachen: Charles Lewinsky, Schriftsteller und Drehbuchautor; Silvia Dell'Aquila, Grossrätin, Stadträtin SP Aarau, Präsidentin Aargauer Gewerkschaftsbund. Bis 14 Uhr: Brunch-Bufferet à discrétion, Festwirtschaft und Musik.

**Menziken, Samstag, 30. April:** 18.00 Uhr, Gemeindegasse: Beginn Maifeier, mit einfacher Verpflegung, Kaffee und Kuchen. 19.00 Uhr: Ansprache vom Co-Präsidium SP Aargau. Moderation: Alfred Merz, Präsident SP Menziken-Burg, Grossrat, Gemeinderat. Rede: Co-Präsidium SP Aargau. Bis 21 Uhr: Festwirtschaft.

**Stein, Sonntag, 1. Mai:** 15 Uhr, Saalbau: Beginn Maifeier. 15.30 Uhr: Ansprachen. Berührung: Elisabeth Burgener-Brogli, Grossratspräsidentin SP. Moderation: Carole Binder-Meury, Grossrätin SP und Gemeinderätin Magden. Ansprachen: Ronja Jansen, Präsidentin Juso Schweiz; Dieter Egli, Regierungsrat SP; Jakub Morzycki, Klimastreik-Bewegung. Bis 18.30 Uhr: Rahmenprogramm mit Festwirtschaft und Musik.

**Wohlen, Sonntag, 1. Mai:** 12.30 Uhr: Beginn im Schössli. 13.30/14.30 Uhr: Ansprachen. Begrüssung & Moderation: Cyrille Meier, Einwohnerratspräsident Wohlen; Laura Pascolin, Präsidentin SP Wohlen. Ansprachen: Gabriela Suter, Nationalrätin SP; Fabian Molina, Nationalrat SP. Bis 16 Uhr: Rahmenprogramm mit Risotto und Barbetrieb.

**Zofingen, Sonntag, 1. Mai:** 15.00 Uhr, Metzplatz: Beginn Maifeier. 15.30/16.00 Uhr: Ansprachen. Moderation: 1.-Mai-Komitee Bezirk Zofingen. Ansprachen: Christian Nöhiger, Einwohnerratspräsident Zofingen; Lelia Hunziker, Grossrätin SP, Präsidentin VPOD AG/SO. Bis 19 Uhr: Rahmenprogramm mit Essen und Musik.

## KANTON BASEL-LANDSCHAFT

**Liestal, Sonntag, 1. Mai:** 13.30 Uhr, am Bahnhof Liestal: Besammlung und Start Demo-Umzug, begleitet von der Brass-Formation «Improvisante». 14:00 Uhr, Rathausstrasse: Festwirtschaft, und Unterhaltung. Ansprachen: Reto Wyss, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB; Tania Cucé, SP; Florence Brenzikofer, Grüne (angefragt).

## KANTON BASEL-STADT

**Basel, Samstag, 30. April:** Ab 17 Uhr, Kasernenareal: Workshops: Palästina Solidarität, SYKP Frauen: Patriarchale Gewalt – wie schützt uns die Istanbul-Konvention; Basel 2030/Klimastreik: Organize! FemStreik; Hexenwerk und Kinderkacke. Ab 21 Uhr: Hexenumtrunk.

**Basel, Sonntag, 1. Mai:** 10 Uhr, De-Wette-Park: Besammlung. 10.45 Uhr: Abmarsch Demonstrationzug zur Kaserne mit Kundgebungsstopp beim Gewerbeverband (Ansprache Vertreter:innen Unia) und beim Markt/Rathaus (Ansprache Deniz Killi, Fachfrau Gesundheit). Treffpunkt mit Fahrrad-demo Klimastreik. 11.45 Uhr: Ankunft Kaserne. 1.-Mai-Fest, Ansprachen: Natascha Wey, VPOD; Vertreter:innen Anlaufstelle für Sans-



**Unia-GL-Mitglied Nico Lutz.**

papiers; Leandra Bias, Gender- und Friedensforscherin; Nico Lutz, Unia. Ab 14 Uhr: Kulturprogramm mit 3 legged dog, Daf Connection, La Nefera.

## KANTON BERN

**Bern, Sonntag, 1. Mai:** 10.30 Uhr, Kino Rex: Matinée «Schwarzarbeit». Film von Ueli Grossenbacher. 16 Uhr, Kramgasse: Besammlung Umzug. 16.30 Uhr: Umzug. 17 Uhr, Bundesplatz: 1.-Mai-Feier mit der Fanfare des SMV und Ansprachen. Begrüssung: Stefan Wüthrich, Adrian Flückiger, Co-Präsidium SGB. Ansprachen: Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB, Nationalrat SP; Tamara Funciello, Nationalrätin SP; Anna Leissing, Jelena Filipovic, Stadträtinnen GB; Lami Özgen, ehem. Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes der öffentlichen Angestellten in der Türkei (KESK). Ab 18 Uhr: Fest auf dem Bundesplatz mit Verpflegung und Musik. 19 Uhr, Restaurant Volkshaus 1914: «The Magic Five & Guest».

**Biel, Sonntag, 1. Mai:** Ab 11 Uhr Zentralplatz: Barbetrieb mit Musik. 12 Uhr, Bahnhofplatz: Besammlung Demo. 12.15 Uhr: Abmarsch Demo. 13.30 Uhr, Zentral-



**SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer.**

platz, Ansprachen: Stefanie Fürst, Alain Zahler, Co-Präsidium Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland; Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz; Yves Lebet, Leiter Hausdienst Ecole primaire de la poste, VPOD. 14.30 Uhr: Grussbotschaften

weiterer Organisationen. 15 Uhr: Schluss.

**Burgdorf, Sonntag, 1. Mai:** Ab 13.30 Uhr, Kulturhalle Säggasse: Festwirtschaft. 14 Uhr: 1.-Mai-Feier mit Verpflegung und Musik. Ansprachen: Giorgio Tuti, Vizepräsident SGB; Barbara Stöckli, Gemeinderätin Oberburg; Peter von Arb, Vizepräsident Burgdorf.

**Interlaken, Sonntag, 1. Mai:** 15 bis 18 Uhr, Aula Sekundarschule Alpenstrasse: 1.-Mai-Feier mit Rahmenprogramm. Moderation: Daniel Studer, Gemeinderat Meiringen, SP Ansprachen: Tania Bauer, Grossrätin SP Präsidentin VPOD Bern; Cédric Wermuth, Nationalrat AG, Co-Präsident SP Schweiz; Vania



**Unia-Präsidentin Vania Alleva.**

Alleva, Präsidentin Unia Schweiz; Bänz Friedli, Autor und Kabarettist. Programm unter: [sp-oberland.ch](http://sp-oberland.ch)

**Langenthal, Sonntag, 1. Mai:** Ab 11 Uhr, Markthalle: Maifeier mit Festwirtschaft. Ansprachen: Daniel Lampart, Schweizerischer Gewerkschaftsbund; Tanja Bauer, Grossrätin SP; Ivan Kolak, Unia; Maria Rothacher, Juso.

**Thun, Sonntag, 1. Mai:** 12.30 Uhr, Rathausplatz: Maifest mit Festwirtschaft. 13.30 Uhr, Begrüssung: Beat Haldimann, Präsident Gewerkschaftsbund Thun. 13.35 Uhr, Ansprache: Irène Kälin, Nationalratspräsidentin Grüne, Präsidentin Arbeit Aargau. 13.50 Uhr: Florina Tara, Singer-Songwriterin. 14 Uhr, Ansprachen: Giulia Bezio, Unia-Mitglied, Darshikka Krishnanantham, alt Stadträtin SP 14.35 Uhr: Beginn Umzug. 15.30 Uhr, Ansprache: Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB, Nationalrat SP 16 Uhr: Abschluss.

## KANTON FREIBURG

**Freiburg, Samstag, 30. April:** Ab 12 Uhr, Place Python: 1.-Mai-Feier. 14 Uhr: Demonstrationsumzug.

## KANTON GRAUBÜNDEN

**Chur, Sonntag, 1. Mai:** Ab 16 Uhr, Werkstatt, Untere Gasse 9: 1.-Mai-Feier. 16.30 Uhr: Musik von Pschy. 16.45 Uhr, Ansprachen: Peter Peyer, Regierungsrat SP GR; Samira Marti, Nationalrätin SP BL; Frauenstreikaktivist: Juso. Ab 17.45 Uhr: Musik, Essen, Trinken, Feiern.

## KANTON LUZERN

**Luzern, Samstag, 30. April:** 15 Uhr, Vögelgärtli: 1.-Mai-Demo zum Helvetiaplatz. Mit Kurzsprachen und Hauptreferat von Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB. 16.30 Uhr, Hello Welcome (Bundesstrasse 13): 1.-Mai-Feier mit Risotto. 17 Uhr, Hello Welcome: Mut zum Kampf – Podiumsdiskussion über neue gewerkschaftliche, politische und gesellschaftliche Erfolge in Luzern. 20 Uhr, Sedel: 1.-Mai-Fest mit SHRTY, best-elle & Planlos (Rap).

**Luzern, Sonntag, 1. Mai:** 10 Uhr, Hello Welcome: Interkultureller Brunch. 13.30 bis 15.30 Uhr, Treffpunkt beim historischen Museum (Pflistergasse): Untergrundgang I – Das andere Luzern. Ganzes Programm unter: [lgb-luzern.ch](http://lgb-luzern.ch)

## KANTON SCHAFFHAUSEN

**Schaffhausen, Sonntag, 1. Mai:** 11.15 Uhr, Vorstand: Besammlung Demo. 11.30 Uhr: Demo. 12 Uhr,

Fronwagplatz: Kundgebung. Reden: Samira Marti, Nationalrätin SP BL; Saniha Izo, Migrationsrednerin, Frauenstammisch; Nina Stocker Segales, VPOD. Danach Konzert und Festwirtschaft.

## KANTON SCHWYZ

**Biberbrugg, Sonntag, 1. Mai:** Ab 10 Uhr, Hotel Post: 1.-Mai-Feier: Zusammensitzen, diskutieren, nachdenken. Getränke und Imbiss sind offeriert. Reden: Karin Schwiter, Lachen, Präsidentin SP Schwyz; Paul Rechsteiner, Ständerat SP St. Gallen.

## KANTON SOLOTHURN

**Grenchen SO / Lengnau BE, Sonntag, 1. Mai:** 10 Uhr, beim Monbijou (Denner Grenchen): Besammlung und Umzug von Grenchen nach Lengnau. Anschliessend Musik und Grill. Reden: Gabriela Medici, stv. Sekretariatsleiterin SGB; Mathias Stricker, Kantonsrat, Präsident LSO.

**Otten, Sonntag, 1. Mai:** 13.30 Uhr, Bifangplatz: Besammlung. 14 Uhr: Demonstrationzug in die Schützenmatte. 15 Uhr: Ansprachen. Begrüssung & Moderation: Urs Huber, Präsident 1.-Mai-Komitee Otten; Ansprachen: Nadine Vögeli, Kantonsratspräsidentin SP; Felix Wettstein, Nationalrat Grüne; Regula Bühlmann, Zentralsekretärin SGB. Anschliessend im Kulturzentrum Schützi: Festwirtschaft und Musik.

**Solothurn, Sonntag, 1. Mai:** 14.45 Uhr, beim Kreuzackerplatz (Gewerbeschule): Besammlung. 15 Uhr: 1.-Mai-Umzug in die Fischer-gasse. 16 Uhr, Ansprachen: Mattea Meyer, Nationalrätin und Co-Präsidentin SP Schweiz; Stefanie Ingold, Stadtpräsidentin Solothurn. Musik von Elena Gerster, Sängerin und Songwriterin. 21 Uhr, Kreuz-Saal: Konzert mit Bill und Coo.

## KANTON ST.GALLEN

**Flums, Sonntag, 1. Mai:** Ab 19.30 Uhr, Schützengarten: 1.-Mai-Feier mit Gastredner.

**Rapperswil, 1. Mai:** 11.30 bis 17.30 Uhr, Fischmarktplatz: Festwirtschaft. 15.00 Uhr: Ansprache: Paul Rechsteiner, Ständerat St. Gallen. Begrüssung: Susanne Helbling, Co-Präsidentin SP Rapperswil-Jona.

**St. Gallen, Dienstag, 26. April:** 18.00 bis 20.30 Uhr, Unia-Workshop online: Ladenöffnungszeiten in St. Gallen, vorbei an Bürger:innen. Anmeldung über [osgr@unia.ch](http://osgr@unia.ch). Der Zoomlink wird am Vortag verschickt.

**St. Gallen, Samstag, 30. April:** 10 bis 11.30 Uhr, Erfreuliche Universität, Palace: 1.-Mai-Matinée zur Altersvorsorge. Gespräch mit Barbara Gysi, SP-Nationalrätin, und Stefan Giger, Generalsekretär VPOD. ab 12 Uhr, Workshops. Juso: «Das Schweizer Geschäft mit dem Krieg». Denknitz: «Was kann die Schweiz zu einem sozialen Europa beitragen?». 14.00 Uhr, Grabenhalle: Besammlung, Demo und Reden. Moderation: Barbara Gysi, Präsidentin Kantonalen Gewerkschaftsbund St. Gallen. Reden: Tamara Funciello, Nationalrätin SP; Chompel Balok, Stadtparlamentarier SP; Léonie Schubiger, Juso Kanton SG; Matthias Albold, Schauspieler, Mitinhaber Nanna Bunte Küche, Präsident SBKV; Claudia Friedl, Nationalrätin SP; Sebastian Bill, Liedermacher. 16 Uhr, Grabenhalle: Fest mit Essen und Musik.

**Wil, Sonntag, 1. Mai:** Ab 11 Uhr: Brunch in der Kulturwerkstatt. Ansprachen: Jon Pult, Nationalrat SP GR; Paul Rechsteiner, Ständerat SG. Anschliessend Unterhaltungsprogramm. 16 Uhr, Cinewil: «Schwarzarbeit», Film und Diskussion. Mit Regisseur Ueli



**ZUSAMMEN STARK: Das Plakat zum diesjährigen 1. Mai.** BILD: SGB

Grossenbacher, Barbara Gysi, Marc Flückiger, Beni Büsser und Reto Gehrig. Anmeldung auf [sp-wil.ch](http://sp-wil.ch).

## KANTON THURGAU

**Kreuzlingen, Sonntag, 1. Mai:** 10 Uhr, Hauptzoll Kreuzlingen: Demomarsch zum Festplatz Stadtgarten in Konstanz. 11 bis 15 Uhr: Festwirtschaft und Kundgebung. Reden: Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP TG; Azra Ganic, Regionalsekretärin Syndicom; Lukas Auer, Präsident Gewerkschaftsbund Thurgau.

## KANTON URI

**Aldorf, Sonntag, 1. Mai:** 10 bis 13 Uhr, Zeughaus (Unterlehn): 1.-Mai-Brunch.

## KANTON WALLIS

**Visp, Sonntag, 1. Mai:** 11 bis 18 Uhr, Kaufplatz: 1.-Mai-Feier mit musikalischer Unterhaltung von den «Rudifutschers» VS. Ansprachen: Pedro Lenz, Schriftsteller; Melanie Anderegg, feministisches



**Schriftsteller Pedro Lenz.**

Kollektiv Oberwallis; Martin Venetz, Unia-Jugend Oberwallis; David Gundl, Gemeinderat Lalden, SP Dazu Verpflegung mit Essensständen aus Äthiopien und Sri Lanka.

## KANTON ZUG

**Visp, Sonntag, 1. Mai** 15 Uhr, Landsgemeindeplatz: Podiumsdiskussion «Die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Arbeit». Mit Beat Ringger, Autor «Das System-Change-Klima-Programm»; Irmi Seidl, Ökonomin, Titularprofessorin Universität Zürich, und Erich Schmidiger, Klimastreik Zug. Mode-

ration: Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz. Musik: Justine J. Bird Trio. Reden: Barbara Gysel, SP Zug, und Tabea Zimmermann, Alternative – die Grünen. Rahmenprogramm mit Streetfood, Open Mic und Musik.

## KANTON ZÜRICH

**Bülach, Sonntag, 1. Mai:** 10.30 Uhr, Kulturzentrum «Kantine»: Festwirtschaft, Musik, Reden: Ronja Jansen, Präsidentin Juso Schweiz; Daniel Hügli, Mitglied Geschäftsleitung Syndicom; Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin SP Schweiz.

**Dietikon, Sonntag, 1. Mai:** Ab 12 Uhr, Kirchplatz (Markthalle): 1.-Mai-Feier. Redner: Daniel Jositsch, Ständerat SP

**Stäfa, Sonntag, 1. Mai:** Ab 14.30 Uhr, Restaurant Rössli: 1.-Mai-Feier. Redner: Raphael Golta, SP-Statdrat Zürich, Vorsteher des Sozialdepartementes.

**Uster, Sonntag, 1. Mai:** 14.30 Uhr, Landihalle: 1.-Mai-Feier.

**Winterthur, Sonntag, 1. Mai:** 10.30 Uhr, Steinberggasse: Besammlung Demo. 11 Uhr: Demo. 12.30 Uhr, Neumarkt: Reden, Musik und Festwirtschaft.

**Zürich, Freitag, 29. April:** 18 Uhr, ÖFF: Das politische Plakat, Vortrag. 20.30 Uhr, Glaspalast: Konzert Niels van der Waerden.

**Zürich, Samstag, 30. April:** ab 12 Uhr: 1.-Mai-Fest auf dem Kasernenareal. 13.45 Uhr, vor dem Glaspalast: Stadtrundgang Public Eye: «Nächster Halt Paradeplatz». Ab 14 Uhr, Kasernenareal: Podien, Workshops und Referate. Programm unter: [1mai.ch](http://1mai.ch).

**Zürich, Sonntag, 1. Mai:** 9.30 Uhr: Aktion der Unia (Ort folgt). 10 Uhr, Helvetiaplatz: Besammlung zur 1.-Mai-Demo. 12 Uhr, Sechseläutenplatz: Schlusskundgebung. Ab 12 Uhr: 1.-Mai-Fest auf dem Kasernenareal. Ab 14 Uhr, Kasernenareal: Podien, Workshops und Referate. Programm unter: [1mai.ch](http://1mai.ch).

Stand der Agenda bei Redaktionsschluss am 27. April 2022.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzl, Ralf Streck, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/ Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.